



**Sprecher/in**

Rita Wyss (L20)

**Feststellungen**

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

**Mitteilungen**

Für die heutige Sitzung haben Sie am 18. Juni 2020 ein aktualisiertes Schutzkonzept erhalten. Ich bitte Sie, die Massnahmen einzuhalten, um eine reibungslose Sitzung zu ermöglichen.

**Gratulationen**

Im Juni darf ich 28 Personen zu einem hohen Geburtstag gratulieren.

**Repräsentationen**

Am 4. Juni 2020 war ich beim Grossen Stadtrat für eine Rede zu dem Thema «Über den Tellerrand schauen» eingeladen. Das war sehr spannend und ich werde am Schluss der Sitzung noch ein paar Gedanken zu dem Erlebnis erzählen.

**Rechtskraft von Beschlüssen**

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

**Einbürgerungen**

Seit der letzten Sitzung wurden keine Einbürgerungen vorgenommen.

**Protokoll**

Gegen das Protokoll Nr. 393 der Sitzung vom 28. Mai 2020 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll – das 100., das Heike Sommer für den Rat verfasst hat – ist somit genehmigt. Die Ratspräsidentin dankt Heike Sommer für die gute Protokollführung und überreicht einen Blumenstrauss.

**Neueingänge**

- 29. Mai 2020: Postulat Nr. 2020-711 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Prüfung Presscontainer statt Gebührensäcke bzw. herkömmliche Abfallcontainer
- 29. Mai 2020: Postulat Nr. 2020-712 von Martin Eberli, L20, und Mitunterzeichnenden: Keine Kürzungen der Blickpunkt-Beiträge
- 22. Juni 2020: Postulat Nr. 2020-713 von Roger Eichmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Entschädigung an Vereine für ausgefallene Papiersammlungen
- 22. Juni 2020: Interpellation Nr. 2020-709 von Ivan Studer, CVP, und Mitunterzeichnenden: Digitaler Unterricht an Horwer Schulen während dem Corona-Lockdown

## **1. Bericht und Antrag Nr. 1659 Planungsbericht «Intensive Deutschförderung in Spielgruppen und Kindergärten (Evaluation und definitive Einführung)»**

### **Eintreten GPK**

In der GPK wurde dieser Planungsbericht durch Gemeinderätin Claudia Rösli vertreten. Begleitet wurde sie von Herrn Titus Krummenacher, Leiter Familie plus, und Frau Ulla Bachmann, Schulleiterin Kindergärten. Nicht überraschend erklärte Frau Rösli, dass dies eine gute Sache sei und dieses Geld unbedingt weiter eingesetzt werden soll.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Die Kosten für die Spielgruppe betragen bis anhin pro Sprachförderspielgruppe ca. 30'000 Franken pro Jahr (Elternabzüge und Kantonsbeitrag bereits eingerechnet). Nun werden 40'000 Franken pro Jahr für die Weiterführung dieses Angebots beantragt, da gemäss Erklärung von Herrn Krummenacher je nach Kindern zum Teil zwei Spielgruppenleiterinnen benötigt werden. In der GPK hat man daraufhin diskutiert, ob evtl. die Gebühren, die bereits seit mehreren Jahren gleich sind, angepasst werden müssen. Es wurde ein Antrag für eine einkommensabhängige Gebühr diskutiert, doch dieser fand keine Mehrheit.

Für die DaZ-Intensivstunden im Kindergarten gibt es keine Elternbeiträge. Für die regulären DaZ-Stunden im Kindergarten, die für jede Klasse zur Verfügung gestellt werden, gilt der Verteiler der Kosten von 50/50. Kanton und Gemeinden übernehmen diese Kosten hälftig. Es sind 3-4 DaZ-Lektionen pro Klasse, die zur Verfügung gestellt werden. Spricht ein Kind gar nicht oder kaum Deutsch, genügen diese 3-4 Lektionen pro Woche gemäss Frau Bachmann nicht. Für diese Kinder wurde nun an vier Kindergärten für 46'000 Franken pro Jahr ein Zusatzprogramm für drei Jahre angeboten, das man nun auf sieben Kindergärten ausbauen möchte. Diese Zusatz-DaZ-Stunden muss die Gemeinde jedoch allein berappen. Dies ist somit ein Spezialangebot der Gemeinde Horw. Ein Zusatzangebot, das neu für diese sieben Kindergärten 80'000 Franken pro Jahr kostet, und das will sich die Gemeinde leisten. Bei diesem Angebot gibt es keine Unterstützung vom Kanton und auch Elternbeiträge wurden nicht in Betracht gezogen.

Auf eine Frage, dass Schweizer Kinder vielleicht auch nicht gut Deutsch können und die Standardsprache in der Spielgruppe und im Kindergarten nicht lernen, wurde uns gesagt, dass die Eltern über spezielle Feststellungen informiert und entsprechend auf andere Programme aufmerksam gemacht werden.

Die GPK wurde von den anwesenden Fachleuten überzeugt, dass diese Angebote sehr wichtig sind und man dieses gerne weiterführen resp. ausbauen möchte. Die Rückmeldungen von Lehrpersonen der eingeschulten Kinder, die dieses Angebot besuchten, waren durchwegs positiv.

Nach der Beratung des vorliegenden B+As hat die GPK dieses Geschäft einstimmig zur Kenntnis genommen.

### **Eintreten GSK**

Stefan Maissen (FDP)

«Früh übt sich, was ein Meister werden will.» Schon Schiller hat in seinem schweizerischen Nationaldrama «Wilhelm Tell» offenbar die Bedeutung der frühen Förderung erkannt, als er Tell diesen heute sprichwörtlichen Satz in den Mund legte. Heute ist glücklicherweise weniger die Kunst des Armbrustschiessens gefragt. Wer später etwas werden will, wer seine Schullaufbahn erfolgreich gestalten möchte, braucht als eine der wichtigsten Fertigkeiten gute Kenntnisse der deutschen Sprache.

Die GSK ist nach der Beratung des B+As einstimmig der Meinung, dass die finanziellen Mittel in diesem Bereich sehr gut eingesetzt sind. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

- Kinder sind mit 3-4 Jahren ausserordentlich aufnahme- und lernfähig.
- Je früher die Sprachförderung stattfindet und je intensiver sie ausfällt, desto besser ist die langfristige Wirkung.
- Viele Kinder lernen am besten im Spiel (und von anderen Kindern), das zeigen, wenig überraschend, neueste Forschungsergebnisse.
- Die Massnahmen wurden gemessen und die Wirkung ist erwiesenermassen gross.
- Die drei Spielgruppenleiterinnen haben die einjährige DaZ-Ausbildung besucht – obwohl vom Kanton nur ein paar wenige Stunden vorgeschrieben wären – und stellen so eine hohe Qualität sicher.

Studien zeigen, dass die frühe Förderung in den Spielgruppen besonders wichtig ist. Horw kann dabei erfreulicherweise auf eine langjährige Tradition und auf eine sehr gute Verankerung der Bevölkerung aufbauen. In Horw sind rund 170 Kinder in der Spielgruppe angemeldet, die soziale Durchmischung ist gut und es werden viele Familien mit Migrationshintergrund erreicht. Die Spielgruppen sind bei der Gemeinde Horw angesiedelt und sind eine Ergänzung zur Kita, und wichtig zu erwähnen, keine Konkurrenz.

Da der Kanton DaZ in den Spielgruppen subventioniert, kann mit den aufgezeigten 40'000 Franken netto pro Jahr in Zukunft noch eine Sprachförderspielgruppe zusätzlich geführt werden.

Im Kindergarten und in der Unterstufe ist der DaZ-Unterricht primär integrativ ausgerichtet: Die inhaltliche Nähe zu den Themen in der Klasse ist von hoher Bedeutung. Es werden Erlebnisse aus dem Alltag und der Lebenswelt der Kinder aufgegriffen. Die Kinder werden zum Zuhören, Sprechen, Erzählen und Spielen ermuntert. Ergänzend dazu werden sie in kürzeren Sequenzen zum spielerischen und handlungsorientierten Üben mit Sprachstrukturen angeleitet, z. B. Reime, Laute, Silben, Rhythmus usw. Für DaZ-Anfängerinnen und -Anfänger ist es aber auch wichtig, dass ihnen in einer ruhigen Umgebung immer wieder Zeit und Gelegenheit gegeben wird, das Gelernte zu vertiefen, bei Unklarheiten nachzufragen und ohne Scheu erste Äusserungen in der neuen Sprache zu wagen. Dafür sind die speziellen DAZ-Lektionen, für die spezialisierte Kindergartenlehrpersonen von Kindergarten zu Kindergarten pendeln.

Aufgrund der erzielten Erfolge wird empfohlen, die «intensive Deutschförderung im Kindergarten» als permanentes Angebot auf der Kindergartenstufe einzuführen und dieses Angebot in Gebieten mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Personen von vier auf sieben Kindergärten auszuweiten. Im Kindergarten bleiben, im Gegensatz zu den Spielgruppen, die Kosten von rund 80'000 Franken vollumfänglich bei der Gemeinde hängen. Trotzdem ist die GSK der Meinung, dass DaZ im Kindergarten – wie im B+A analog der Spielgruppen – in den Regelbetrieb überführt werden soll.

Die GSK ist mit den geschilderten Argumenten einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1659.

### **Eintreten CVP**

Die CVP hat den Bericht als sehr gut strukturiert und aussagekräftig wahrgenommen. Unsere Partei unterstützt eine frühe Sprachförderung der Kinder. Der Erfolg daraus für die schulische Laufbahn und die soziale Integration wird ja eindrücklich in diesem Bericht beschrieben.

Es ist uns ein Anliegen, dass alle Kinder, die die Sprachförderung brauchen, diese auch bekommen. Mit dem systemischen Erfassen der Kinder und der Spracherhebung ist sichergestellt, dass alle Kinder ab 3 Jahren DaZ erhalten, wenn ein Bedarf festgestellt wird. Das Pilotprojekt für noch intensivere Deutschförderung im Kindergarten zeigt positive Wirkung. Das Ziel, dass sich das Kind beim Eintritt in die Schule verständigen kann und Inhalte versteht, wurde sogar um 3 % – das Ziel war 60 %, erreicht wurden 63 % – übertroffen. Die Gruppengrößen mit 3 bis 5 Kindern, die ausgebildeten DaZ-Lehrpersonen und der Einbezug der Eltern unterstützen den Erfolg und längerfristig auch die soziale Integration. Die jährlichen Kosten von total 120'000 Franken sind gerechtfertigt.

Für die CVP ist es unbestritten, dass die Sprache ein Schlüsselfaktor zur schulischen und beruflichen Chancengerechtigkeit ist und die Basis für eine gelungene Integration bedeutet. Deshalb stimmen wir dem Planungsbericht einstimmig zu.

### **Eintreten L20**

Die L20 nimmt ebenfalls zustimmend Kenntnis von diesem Planungsbericht.

Das dreijährige Pilotprojekt soll in die Regelstrukturen überführt und auch auf jene Kindergärten ausgeweitet werden, die eine vergleichbar hohe Prozentzahl an Kindern mit fehlenden oder nur sehr geringen Deutschkenntnissen aufweisen. Ebenso sollen die spezifischen Sprachförderspielgruppen im bisherigen Umfang und finanziellen Rahmen unterstützt werden, damit diese in die Regelstruktur überführt werden können.

Die L20 unterstützt die definitive Einführung des Sprachförderungsprogramms, weil sowohl die Praxis als auch wissenschaftliche Begleitstudien die Wirksamkeit des Programms in kognitiver und sozialer Hinsicht bestätigt haben. Zum einen verbessert das Förderungsprogramm den Start der Kinder in die Schullaufbahn und die Bildungschancen entscheidend. Zudem unterstützen Deutschkenntnisse die soziale Integration. Beides ist aus sozialer und volkswirtschaftlicher Sichtweise von hohem Nutzen für die Gesellschaft.

Wir danken für den Bericht und beantragen dem Rat die zustimmende Kenntnisnahme.

### **Eintreten FDP**

Die Voten der Vorredner haben es bereits aufgezeigt: Die «Intensive Deutschförderung in Spielgruppen und Kindergärten» ist ausserordentlich wirksam. In der FDP wurde der B+A aber nicht nur aus entwicklungspsychologischer Sicht besprochen – wo der Nutzen tatsächlich unbestritten und auch mit Messungen nachgewiesen ist – sondern auch vor dem Hintergrund der Gemeindefinanzen. Horw leistet hier einmal mehr freiwillig mehr als der Kanton vorgibt. So muss man sich ehrlich die Frage stellen: Ist dieses Geld gut investiert? Das lässt sich aus Sicht der FDP mit einem Satz klipp und klar beantworten: Die Schaffung von Chancengleichheit ist die beste und effizienteste Sozialpolitik und das mit Langzeitwirkung. Anstelle von Symptombekämpfung wird direkt die Ursache oder der Kern des Problems angegangen.

Bettina Beck Bertschmann (CVP)

Martin Eberli (L20)

Stefan Maissen (FDP)

Sprache spielt eine zentrale Rolle beim Erwerb von Wissen und beim Aufbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten. Darum ist ein guter Start in die Schullaufbahn enorm wichtig. Aufgrund von den genannten entwicklungspsychologischen Argumenten ist für die FDP klar, dass das dreijährige Pilotprojekt in der vorgeschlagenen Form in die Regelstrukturen überführt werden soll und somit zur Verbesserung der Bildungschancen bei Kindern aus allen Kulturen beitragen kann.

Die FDP ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag.

#### **Eintreten SVP**

Die SVP steht dem B+A grundsätzlich positiv gegenüber. Bei der Projektauswertung der teilnehmenden Spielgruppen- und Kindergartenkinder fehlt uns aber eine Referenzgruppe von Kindern, die ebenfalls einen intensiven Sprachförderungsbedarf gehabt hätten, jedoch nicht an dem Projekt teilgenommen haben, weil ihre Spielgruppe oder ihr Kindergarten nicht berücksichtigt wurde. Nur so könnten wir abschliessend sagen, ob das intensive Sprachförderungsprogramm eine signifikante Verbesserung im Vergleich zur Referenzgruppe darstellt. Eine deutlich bessere Erreichung der Punktzahl gegenüber der Referenzgruppe würde die Wirksamkeit der Auswertung und die damit verbundenen Kosten für die Gemeinde belegen und rechtfertigen und von der Sprachverbesserung bei einem normalen Unterrichtsablauf abheben.

Es ist klar und mit der Studie belegt, dass Kinder in der Alterskategorie sehr grosse Schritte in der Sprachentwicklung machen können, wenn sie regelmässig Kontakt mit deutschsprechenden Personen haben und entsprechend gefördert werden. Dass Sprachförderung in dem jungen Alter einen volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt und bestimmt auch spätere Fördermassnahmen in der Primarschule vermieden werden können, ist uns allen klar. Es ist uns wichtig, dass die Eltern der Kinder in die Verantwortung eingebunden werden und ihre Kinder nach bestem Willen in der Sprachförderung unterstützen und begleiten.

Für was unter Punkt 2.4 ein Kulturvermittler in dem Zusammenhang eingesetzt werden soll, ist für uns fraglich, denn der Förderungsbedarf kann im Gespräch mit den Kindern recht einfach ermittelt werden. Wir sind dafür, dass in den Spielgruppen und für Kindergartenkinder mit einem grossen Förderbedarf die intensive Deutschförderung weitergeführt wird und sind für Eintreten und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1659.

Zuerst einmal möchte ich Ihnen für die positiven Voten danken.

Die Auswertung der Projektphase hat klar aufgezeigt, dass die Kinder ihre Deutschkenntnisse durch die Sprachförderung klar verbessern konnten. Darum erscheint es uns sinnvoll, dass man die intensive Deutschförderung in das Regelangebot überführt, denn Bildung und soziale Integration hängen sehr stark davon ab, wie man sich verständigen kann. Die Sprache ist ein Schlüsselfaktor für eine verbesserte Chancengerechtigkeit.

Das Votum von Herrn Eberhard betreffend Referenzgruppen ist in unseren Augen ethisch nicht vertretbar. Wenn ein Kind Deutschförderung benötigt, kann man es ihm nicht verwehren daran teilzunehmen, nur weil es in einer anderen Gruppe eingeteilt wurde. Das kann man mit Menschen nicht machen.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Es geht nicht darum, gewissen Kindern die Sprachförderung zu verwehren, sondern um die Auswertung, damit man Klarheit hat wie hoch der Nutzen resp. die erreichte Punktzahl ist von Kindern, die eine Sprachförderung hatten und solchen, die keine erhalten haben.

Reto Eberhard (SVP)

Claudia Röösl Schuler  
(L20)

Reto Eberhard (SVP)

## Detailberatung

### 6.1 Spielgruppen

Gemäss Richtlinien der Dienststelle Volksschulbildung zu «Frühe Sprachförderung» heisst es, dass die Eltern einen Beitrag an die Kosten zwischen 30-40 % der Bruttokosten zu leisten haben. In Horw sind es zwischen 5 und 10 %. Wieso und warum haben wir in Horw diesen Unterschied?

Es ist richtig, dass Horw bei den Elternbeiträgen relativ günstig ist, sie wurden seit mehreren Jahren nicht angepasst. Wir haben das auch in der GPK besprochen. Wenn ein Kind ein Spielgruppenangebot besucht, kostet das 275 Franken, wenn ein weiteres Angebot besucht wird, sind es 970 Franken, weil das zweite Angebot nicht mehr vergünstigt ist. Besucht ein Kind die Waldspielgruppe, kostet das 350 Franken. Wenn zusätzlich noch ein Indoorangebot besucht wird, müssen ebenfalls 970 Franken bezahlt werden.

Die Kinder, die 3 x pro Woche an der Sprachförderung teilnehmen, zahlen 350 plus 275 Franken.

#### Abstimmung Beschluss:

**Der Planungsbericht «Intensive Deutschförderung in Spielgruppen und Kindergärten (Evaluation und definitive Einführung)» wird einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.**

## 2. Bericht und Antrag Nr. 1660 Abrechnung Baukredit Sanierung und Erweiterung Schulanlage Kastanienbaum

### Eintreten GPK

Neben der Abrechnung kann sich jetzt auch die neue Schulanlage Kastanienbaum sehen lassen. Zwar gibt es etliche grössere Abweichungen in den einzelnen BKP-Elementen, aber mit Hilfe der Reserveposition konnte eine Kostenüberschreitung verhindert werden.

Bezüglich der Mehrkosten gaben einige Punkte in der GPK Anlass zur Diskussion,

- insbesondere die unbefriedigende Situation mit dem Architekturbüro, wobei Leistungen anderweitig vergeben werden mussten bzw. verwaltungsintern einen Mehraufwand bedeuteten. Glücklicherweise musste dem Architekturbüro nicht das ganze Honorar überwiesen werden.
- Beim Wasserschaden ist nicht verständlich, dass hier keine Versicherung den Schaden auch nur teilweise übernehmen wollte. Eine Bauwesenversicherung sollte dies eigentlich decken.
- Bei einer Projektierung sollte das ganze Objekt kritisch hinterfragt werden, so auch die Anlage für Luftschutztruppen (ALST). Solche Zusatzkredite sind unnötig und belasten zusätzlich die Verwaltung mit administrativem Aufwand.

Nun ist die Schulanlage auf dem neuesten Stand und hat auch noch Reserveflächen. Es ist zu hoffen, dass diese Infrastruktur nun auch wieder rund 50 Jahre Bestand hat.

Die GPK ist für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1660.

Bettina Beck Bertschmann (CVP)

Claudia Rössli Schuler (L20)

Rita Wyss (L20)

Urs Röllli (FDP)

### **Eintreten BVK**

Der B+A Nr. 1660 wurde von der BVK wenig kontrovers diskutiert. Der Feststellung des Gemeinderats, dass die Schulanlage Kastanienbaum nicht nur finanziell, sondern auch qualitativ und funktionell überzeugt, konnte die BVK folgen. Am Ende der Sanierung resultieren rund 296'000 Franken tiefere Kosten, dies allerdings unter Berücksichtigung der Reserven. Dies ist insofern erfreulich, als dass es während der Bauzeit zu Schwierigkeiten mit der Bauleitung gekommen ist. Die Projektsteuerung befürchtete, dass das ganze Projekt kostenmässig aus dem Ruder laufen könnte und übergab in der Folge die Bauleitung an Rebecca Bauch, Projektleiterin Hochbau. Zusätzlich wurde eine externe Baukostenkontrolle eingesetzt, welche sich ja nun ausbezahlt zu haben scheint.

Trotz guter Abrechnung gab es einige Detailfragen von der BVK. So tauchte die Frage auf, warum die Räumung der Truppenunterkünfte nicht Sache des Militärs war und somit auch in deren Kostenverantwortung gelegen hätte. Vom Gemeinderat wurde erläutert, dass die Räumlichkeiten im Untergeschoss inklusive Ausstattung bereits im Jahr 2009 in den Besitz der Gemeinde übergegangen sind. Somit war ein Abschieben der Kosten nicht mehr möglich. Weiter wurde gefragt, weshalb der Teuerungsanteil während der Umsetzung stets entfällt, wäre doch aktuell eine negative Teuerung zu erwarten. Bei einer anhaltenden Negativteuerung könnte es aus Sicht der BVK eine Überlegung wert sein, diese Praxis zu überprüfen.

Im Zusammenhang mit den Mehr- und Minderkosten sind der BVK vor allem der Wassereinbruch und das Biotop aufgefallen. Beim Wassereinbruch handelt es sich um ein Ereignis, welches nur schwer vorhersehbar war. Niemand wusste mehr, dass beim Bau des Schulhauses auf eine Drainage entlang der Fassade verzichtet worden war und so drang während der Bauarbeiten bei einem Regenereignis Wasser ins Schulhaus ein. Schade ist, dass dafür keine Versicherung zahlen will und so ist es zu den Mehrkosten gekommen.

Der Rückbau des ausgetrockneten Biotopes konnte nicht umgesetzt werden, da der Kanton dieses Vorhaben abgelehnt hat. In der Folge fielen dann auch die Kosten für den Aufenthaltsbereich der Lehrerschaft an dieser Stelle weg, was noch zusätzliche Einsparungen mit sich brachte.

Die BVK dankt dem Gemeinderat für die gute und kostenbewusste Umsetzung der Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Kastanienbaum und ist einstimmig für die Genehmigung des B+As Nr. 1660.

### **Eintreten CVP**

Aus Sicht der CVP-Fraktion ist die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Kastanienbaum gelungen. Das bestätigen uns auch durchwegs positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Der Terminplan war sportlich und trotz verschiedenen Stolpersteinen ist es dem Gemeinderat gelungen, das Schulhaus rechtzeitig wieder in Betrieb zu nehmen und am 31. August 2019 mit einem tollen Fest einzuweihen. Eine offene Pendenz sind jetzt noch die Umgebungsarbeiten. Da wären wir froh, wenn man diese jetzt noch zeitnah anpacken und umsetzen könnte.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und dankt allen Beteiligten für Ihren Einsatz.

Andrea Hocher (CVP)

Roger Eichmann  
(CVP)

### **Eintreten L20**

Pia Koefoed (L20)

Das Schulhaus Mattli in Kastanienbaum wurde sehr gelungen saniert und erweitert. Die neue grosszügige Eingangshalle mit rotem Bodenbelag verbindet die beiden Trakte und schafft einen deutlichen Mehrwert. Sie ist ein Begegnungs- und Informationsraum der Schule und dient als grosszügiges Foyer.

Der Grundriss mit seinen vielfältigen Raumbeziehungen ermöglicht das ganze Spektrum von Unterrichtsformen: Vom traditionellen Klassenunterricht über die Förderung in Kleingruppen bis zu klassen- und altersstufenübergreifendem Lernen und ermöglicht dabei auch neue Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen. Alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte wurden zu der Einweihungsfeier mit Besichtigung am Samstag, 31. August 2019 eingeladen und viele von der L20 waren vor Ort. Es war ein Erfolg und ein gelungenes Resultat.

Bei Punkt 4.2 wird eine Kostenunterschreitung von 297'599 Franken als Resultat in der Abrechnung aufgeführt.

Minderleistungen sollten in der Rechnung miteinbezogen werden, z. B. den

- Rückbau des Biotops, das einer Terrasse für Lehrpersonen weichen sollte und nicht bewilligt worden ist.
- BKP 3: Betriebseinrichtungen 45'000 Franken, die anderswo abgerechnet sind.
- BKP 9: Minderleistungen Ausstattung, die unter BKP 2 abgerechnet sind. Wie viel von diesem Betrag bei der BKP 2 abgerechnet wurde, ist ein Frage. Und warum wurde weniger Mobiliar eingekauft?

Wenn Minderleistungen von der Rechnung abgezogen werden, könnte die Kostenunterschreitung deutlich niedriger ausfallen oder sich sogar als Kostenüberschreitung zeigen. Es ist auch nicht sichtbar, wofür die Reserven von 400'000 Franken verwendet worden sind. Um die Abrechnung und den Vergleich beurteilen zu können, braucht es einen genaueren Beschrieb der Ausführungen in Bezug auf die Kostenvoranschläge.

Der Minderpreis für die Position «Kunst am Bau» von ca. 30'900 Franken ist sehr erfreulich, da dieser Betrag nicht mit einer Minderleistung verbunden ist, sondern mit originellen Skulpturen und Bildern einen deutlichen architektonischen Mehrwert erzeugt. Aus diesem Grund könnte dieser überschüssige Betrag auch anderswo in Horw eingesetzt werden, zum Beispiel in einer der neuen Bahnunterführungen.

Uns ist folgender Satz im B+A aufgefallen: «Ein gutes Farbkonzept und eine schöne Kunst am Bau machen das Schulhaus Kastanienbaum zu etwas Besonderem.»

Dies ist tatsächlich etwas Besonders in Horw, da geben wir Ihnen recht. Es sollte aber nicht etwas Besonderes sein, sondern es sollte zum Standard gehören in einer qualitativ hochstehenden Gemeinde wie Horw.

Aufgrund des guten Resultats der Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Mattli nehmen wir die Kostenabrechnung zur Kenntnis, auch wenn die aufgeführte Kostenunterschreitung nicht transparent mit Minderleistungen aufgeführt ist.

### **Eintreten FDP**

Ueli Nussbaum (FDP)

Ich kann das Eintreten der FDP-Fraktion kurzhalten. Das Schulhaus Kastanienbaum erstrahlt in neuem, aufgefrischem Glanz und man kann sagen, dass das Werk gelungen ist. Dies trotz ungünstigen Umständen, musste doch die Bauleitung während der hektischen Bauphase ausgewechselt werden.

Wo die FDP noch einen Handlungsbedarf sieht, ist in der Teuerungsberechnung. Da sind wir gespannt, was Herr Zemp uns dazu sagen kann. Wieso wurde die Teuerung nur bis Mitte Beschaffungszeitraum und nicht bis zum Ende des Beschaffungszeitraums berechnet? Wie wurde der Nachtragskredit indexiert? Bei der Mehrwertsteuerberechnung konnte man es ja auch über die jeweiligen Beschaffungszeiträume berechnen. Bestimmt wird die Sanierung auch eine Auswirkung auf die Betriebskosten haben. Dies müssen wir dann bei der Rechnung 2020 und in den Folgejahren sehen.

Die FDP bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und die gelungene Sanierung. Wir sind für Eintreten und Genehmigung der Bauabrechnung.

### **Eintreten SVP**

Das Werk ist doch noch gelungen – auch die SVP-Fraktion nimmt das sanierte Schulhaus und seine Abrechnung positiv auf. Die Kostenunterschreitung von rund 3 % stimmt uns fast freudig, aber wo Licht, da ist auch Schatten, wie die Begründung zu den Abweichungen zeigt.

Immerhin: Die Probleme bezüglich Wechsel in der Bauleitung konnten aus eigener Kraft bewältigt werden, ebenso der plötzlich aufgetretene Wassereinbruch, welcher von keiner Versicherung übernommen wurde. Mit Frau Rebecca Bauch vom Baudepartement ist das beste Beispiel gegeben, in Zukunft mehr auf eigene Fachpersonen zu setzen.

Bezüglich Personal und Material gilt es zu sagen: Willst Du den Bau nicht beweinen, sollst du bauen auf eigenen Steinen! Deshalb fand es unsere Fraktion schade, dass nur so wenige Firmen aus Horw dabei waren. Wurde bei der Auswahl nur auf den Preis gesetzt? Teilweise sind offenbar Betriebe aus Horw nicht einmal zur Offertstellung eingeladen worden, namentlich wurden die Schreinerarbeiten nach Thun vergeben etc. Hier sehen wir einiges Verbesserungspotenzial. Ja, wir hätten wohl noch grössere Freude gehabt, wenn der Anteil des Horwer Gewerbes etwas höher ausgefallen wäre. Wir haben dennoch dem B+A einstimmig zugestimmt und sind für Eintreten.

Ich bedanke mich für die grossmehrheitlich positive Aufnahme der Abrechnung zur Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Kastanienbaum. Es war ein anspruchsvolles Werk, das Schulhaus auf den Stand zu bringen wie wir es jetzt erleben dürfen.

Es ist architektonisch eine gute Leistung, wie die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Kastanienbaum geplant und umgesetzt wurde. Es ist bei so einem umfangreichen Werk immer so, dass bei der Planung auch entsprechende Reserven eingebaut werden. Darum lasse ich die Aussage, dass so viele Reserven eingeplant wurden, dass man locker eine Kostenunterschreitung hätte realisieren können, nicht gelten. Dem ist nicht so. Es ist auch nicht so, dass Arbeiten nicht ausgeführt wurden und nur dank dem eine Kostenunterschreitung präsentiert werden kann. Alle Arbeiten, die geplant waren und durchgeführt werden konnten, wurden umgesetzt. Man braucht bei so einem umfangreichen Werk Reserven und es hat sich ausgezahlt, dass wir die Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Kastanienbaum in der Qualität umgesetzt haben. Es ist mir ein Anliegen, allen Beteiligten, die an dem Projekt beteiligt waren und das Resultat ermöglicht haben, Danke zu sagen.

Die Teuerungsberechnung haben wir in der BVK und in der GPK eingehend dargelegt, ich möchte jetzt nicht im Einzelnen darauf eingehen. Die Arbeitsvergaben an Horwer Unternehmen begrüsst der Gemeinderat selbstverständlich auch. Wir unterliegen aber einem Submissionsgesetz und dadurch ist der Handlungsspielraum eingeschränkt. Wir berücksichtigen aber das Horwer Gewerbe wo wir können.

Reto von Glutz (SVP)

Ruedi Burkard (FDP)

## Detailberatung

### 4.1 Vergleich zwischen Kostenvoranschlag und Abrechnung

Betreffend die Reserven ist es Luxus, was sich die Gemeinde Horw leistet. Wir haben einen Kostenvoranschlag +/- 10 %, das sind schon 800'000 Franken, plus Reserven ergibt das einen Spielraum von 1.2 Mio. Franken. Die Reserven schon im Voraus so zu blockieren und Gelder einfach zu reservieren, ist schon nicht ganz die Art, und die zukünftige Finanzstrategie sollte so etwas nicht unbedingt zulassen.

Urs Rölli (FDP)

Das Votum nehme ich so entgegen, möchte aber entgegenen, dass sich die geplanten Reserven genau nach SIA richten. Ob die grosszügig sind oder nicht, überlasse ich Ihrer Beurteilung.

Ruedi Burkard (FDP)

Es ist eine tolle Schulanlage geworden, aber die Umgebungsarbeiten sind noch offen. In welchem zeitlichen Rahmen werden diese erledigt?

Roger Eichmann  
(CVP)

Die Umgebungsarbeiten haben beim Abschluss der Gesamtsanierung gelitten. Wir hatten vom Elternteam auch Entwürfe für die Spielplatzgestaltung und haben die bei der Wiederherstellung möglichst umsetzen lassen. Die Problematik ist, wenn man bestimmte Spielgeräte einsetzen möchte, wie sich das Elternteam das vorgestellt hat, sind spezielle Fundationen nötig, d. h. spezielle Absturzsicherungen und spezielle Gummimatten und das würde bedeuten, dass wir den ganzen Untergrund ausbauen müssten und das liegt in der gewünschten Form jetzt leider nicht drin. Es ist auch ein wenig übertrieben, in dem Ausmass alle Wünsche des Elternteams erfüllen zu können, was die Spielgeräte betrifft.

Ruedi Burkard (FDP)

Wir haben jetzt ein neues Schulhaus und die Umgebung wurde so wiederhergestellt, wie das geplant war. Weitere Sanierungen der Umgebung des Schulhauses liegen beim Immobilien- und Sicherheitsdepartement.

Wir sind aktuell daran, ein partizipatives Verfahren mit den Eltern aufzugleisen, um zu schauen, welche Möglichkeiten sich für eine gute Umsetzung der Spielplätze im Gebiet Kastanienbaum bieten.

Jörg Stalder (L20)

Herr Stalder, ist das im Jahresprogramm? Die Bauabrechnung liegt ja vor, ist das ein Zusatz?

Ueli Nussbaum (FDP)

Es geht darum, dass in diesem Jahr das partizipative Verfahren gemacht wird, die Kosten für die Umsetzung sehen Sie dann im Budget 2021.

Jörg Stalder (L20)

Müsste man im Kostenvoranschlag nicht den Betrag für die Positionen abziehen, die nicht ausgeführt wurden? Zum Beispiel für das Biotop und die Ausstattung?

Pia Koefoed (L20)

Wir haben alles, was im Projekt vorgesehen war, gemacht inkl. Umgebung, und das ist in der Abrechnung enthalten. Es gibt nichts, was wir der Abrechnung noch belasten könnten. Das, was jetzt gewünscht wird, sind zusätzliche Umgebungsarbeiten resp. der Spielplatz Kastanienbaum und das ist ein normaler Sanierungsprozess, der vom Immobilien- und Sicherheitsdepartement ausgeführt wird.

Ruedi Burkard (FDP)

### Abstimmung Beschluss:

**Die Abrechnung über den Sonderkredit für das Bauprojekt Sanierung und Erweiterung Schulanlage Kastanienbaum im Betrag von Fr. 8'147'400.65 wird einstimmig genehmigt.**

Rita Wyss (L20)

### 3. Bericht und Antrag Nr. 1662 Finanzstrategie 2026

#### Eintreten GPK

Lukas Bucher (L20)

Der Gemeinderat von Horw legt eine Finanzstrategie für unsere Gemeinde vor, anhand derer die Budgetierung der folgenden Jahre erfolgen soll.

Die GPK hatte am 16. Juni 2020 die Gelegenheit, diese Dokumente zu besprechen. Nebst dem zuständigen Gemeinderat Herrn Jung und dem Leiter Finanzen, Herr Hermann, war ebenfalls Christoph Lengwiler anwesend. Dieser hat die Gemeinde bei der Erstellung dieser Finanzstrategie unterstützt. Die Auskünfte dieser Herren haben geholfen, verschiedene Fragen zu klären.

Die GPK ist froh, dass die Finanzstrategie nun vorliegt. Unsere aktuell gute Finanzsituation, durch die letzten Jahre mit hohen Überschüssen und einem tiefen Steuerfuss, schliesst nicht aus, dass wir so eine Strategie haben sollten. Aus mehreren Gründen ist es Zeit dazu:

- Ende 2020 ist das Ende der ausserordentlichen Steuererträge aufgrund von Dividendenausschüttungen zu erwarten.
- Die vergangenen Rechnungsjahre mit grossen Überschüssen bescheren deutlich höhere Abgaben in den Finanzausgleich, die 2021, 2022 und 2023 fällig werden.
- Zusätzliche Belastungen aus der AFR18 sind vorhanden.
- Der Gemeinde sind Wegzüge von starken Steuerzahlenden bekannt.
- Auswirkungen der Coronakrise können noch nicht abgeschätzt werden.

In den präsentierten Szenarien wird nicht davon ausgegangen, dass die Wegzüge von Steuerzahlenden durch gleichwertige neue Steuerzahlende ersetzt werden. Zumindest nicht in der Betrachtungsperiode.

Die Finanzstrategie, wie sie jetzt vorliegt, beinhaltet keine harte Schuldenbremse. Dieses Vorgehen wird von uns begrüsst. Horw braucht dies nicht, denn wir haben ganz andere Instrumente. Ausserdem wäre es falsch, wenn nun die fortgeschrittenen Planungen und Projekte stillstehen und die Infrastruktur nicht auf die zu erwartende wachsende Bevölkerung angepasst wird.

Horw muss auch in den nächsten Jahren in der Lage sein, nachhaltige Investitionen zu tätigen. Dies führt unter anderem dazu, dass die Steuerkraft durch das Bevölkerungswachstum tatsächlich zunimmt.

Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat nie eine Aufzählung der freiwilligen Leistungen vorgelegt, welche gestrichen werden können. Gemäss Auskunft dieses B+As ist ein Projekt der Finanzstrategie, ein «Finanzcockpit» aufzubauen. Ein Teil dieses Tools soll die Analyse der freiwilligen Leistungen ermöglichen. Im Moment ist das noch nicht nötig, es soll aber innerhalb eines Jahres erstellt und der GPK präsentiert werden.

Unter Punkt 7.2, Spezielle Vorgaben für den Planungszeitraum 2021 bis 2026, steht: «In den nächsten zehn Jahren sollen im Durchschnitt jährlich maximal 4 Mio. Franken im allgemeinen Finanzhaushalt und maximal 2 Mio. Franken in den Spezialfinanzierungen investiert werden (Total 40 bzw. 20 Mio. Franken).»

Im ebenfalls heute traktandierten Investitionsprogramm sind jedoch Investitionen enthalten, womit im Planungszeitraum 2021 bis 2026 bereits diese Summen überschritten werden. Deshalb wird die GPK zum Investitionsprogramm Anträge stellen, damit diese Vorgabe erreicht werden kann.

Insgesamt wird die Finanzstrategie 2026 von der Kommission als gut und ausführlich erachtet. Die GPK dankt allen Beteiligten für die Erstellung dieses B+As und beantragt Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme.

#### **Eintreten CVP**

Unserer Gemeinde geht es aktuell finanziell gut. Die Schulden sind relativ tief, die hohen Investitionen konnten wir gut stemmen, beim Eigenkapital sind wir in einer komfortablen Situation, und der Steuerfuss ist konkurrenzfähig. Doch jetzt ziehen dunkle Wolken auf und es gilt, unser an sich stabiles Schiff sturmfest zu machen. Die Gründe für die erwartete Verschlechterung der Situation sind schon länger bekannt und wurden bereits vom Sprecher der GPK erwähnt. Ich verzichte deshalb auf weitere Ausführungen dazu.

Der Gemeinderat hat anfangs 2020 unter Beizug von Prof. Lengwiler die Entwicklung der Gemeindefinanzen analysiert und vier verschiedene Szenarien für die künftige finanzielle Entwicklung erarbeitet. Die CVP-Fraktion ist wie der Gemeinderat der Meinung, dass es die Vernunft gebietet, mit den eher pessimistischen Szenarien zu rechnen. Aber wir sollten deswegen auch nicht gerade Trübsal blasen, sind wir doch in der Lage, gut vorbereitet und proaktiv der möglichen stürmischen Entwicklung zu begegnen.

Die CVP-Fraktion befürwortet die in der Finanzstrategie formulierten, finanzpolitischen Leitsätze und legt Wert auf eine aufmerksame, ständige Beobachtung und Analyse der Entwicklung. Wir unterstützen die vorgesehenen Massnahmen zur Umsetzung der Finanzstrategie. Dazu gehört insbesondere auch die schnellstmögliche Realisierung des Finanzcockpits, das es unter anderem erlauben wird, die freiwilligen Leistungen der Gemeinde zu analysieren und besser steuern zu können.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme vom B+A zur Finanzstrategie 2026.

#### **Eintreten L20**

Im B+A zur Finanzstrategie zeigen sich u. a. die finanziellen Auswirkungen der neuen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Die Aufgaben- und Finanzreform 2018 wird die Gemeinde Horw teuer zu stehen kommen. Wir finden es immer noch sehr bedauerlich, dass die Gemeinde Horw nicht mit anderen finanzstarken Gemeinden zusammen gegen diese Reform gekämpft hat. Weiter ist bedauerlich, dass über Jahre hinweg diverse geplante Investitionsvorhaben nicht umgesetzt worden sind. Wenn schon in den guten Jahren gespart worden ist, befürchten wir Unschönes für die kommenden Jahre.

Wir begrüssen die Entscheidung des Gemeinderates, dass er sich bei der Finanzstrategie auf Sachverstand abgestützt und einen Experten beigezogen hat. Wir können die Finanzstrategie grösstenteils nachvollziehen und sie unterstützen. Gleichzeitig möchten wir aber betonen, dass der Steuerfuss nicht auf Kosten der Lebensqualität für die Horwer Bevölkerung tief gehalten werden darf. Und auch nicht auf Kosten von notwendigen Investitionen. Die Attraktivität von einer Gemeinde wird nicht nur durch einen tiefen Steuerfuss definiert, sondern auch durch ihre Angebote und Infrastrukturen.

Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für den B+A und sind für Kenntnisnahme.

Urs Manser (CVP)

Nathalie Portmann  
(L20)

### **Eintreten FDP**

Die Finanzstrategie zeigt neben der ausführlichen Theorie-Lektion auch den finanzpolitischen Handlungsspielraum auf. Die strukturellen Defizite sind aber nicht zu unterschätzen, diesbezüglich warnt die FDP schon seit Jahren bzw. Jahrzehnten, dass dies zu Problemen führen kann.

Es war uns stets bewusst, dass die Erträge aus der Dividendenbesteuerung einen größeren Betrag von gut und gerne 15 Mio. Franken in den Finanzausgleich zur Folge haben.

Unschön ist auch die Entwicklung der AFR18; diesbezüglich kommen wir uns vom Kanton «über den Tisch gezogen» vor. Die Grundlagen von 2016 waren alles andere als repräsentativ. Da verlangen wir vom Gemeinderat einerseits aktive Gespräche mit der Regierung und andererseits, sich mit anderen Gemeinden zusammenzutun und gemeindeübergreifend zu intervenieren.

Es gibt durchaus auch positive Aspekte in diesem Bericht, so z. B. auf Seite 25 bezüglich Transparenz der freiwilligen Leistungen. Es geht hier nicht in erster Linie ums Sparen, sondern darum, die Entwicklung und den Handlungsspielraum in jeder Hinsicht im Auge zu behalten. Wird doch auf Seite 37 darauf hingewiesen, dass neue freiwillige Leistungen in Horw zurückhaltend einzuführen sind. Der erste B+A in dieser Ratssitzung hat gerade gezeigt, wie man die Leistungen erweitert.

Die grassierende Opfermentalität – gesamtschweizerisch – lässt die Staatsausgaben stetig steigen und untergräbt das Prinzip der Selbstverantwortung. Das konnte man kürzlich auch in einem Artikel der NZZ lesen, und das wird anscheinend auch zunehmend in Horw angewandt.

Für die FDP Horw ist klar, dass alles darangesetzt werden muss, dass der Steuerfuss auf diesem Niveau gehalten werden kann und wir so 2026 wieder finanziell in ruhigeren Gewässern sein werden. Horw ist durchaus attraktiv und entgegen den Aussagen meiner Vorrednerin wurde in Horw sehr viel investiert.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung des B+As Nr. 1662.

### **Eintreten SVP**

Horw hat ein paar sehr gute Jahre hinter sich und konnte umfassend und stark investieren. Die hohen Ausgleichszahlungen im innerkantonalen Finanzausgleich und die Steuerausfälle sollen dank solider Vorbereitungen aufgefangen werden.

Horw kann aktuell auf der Zeitachse ruhig vorwärts gehen, aber bei Eintritt eines Stress-Szenarios müsste man eine neue Standortbestimmung vornehmen – und zwar umgehend. Hinzu kommt die Verzögerung von je drei Jahren beim innerkantonalen Finanzausgleich, was zusätzlich herausfordernd ist. Für die SVP ist sehr wichtig, dass Horw den finanzpolitischen Handlungsspielraum nach besten Möglichkeiten und bei jeder Gelegenheit bewahrt und nutzt.

Haupttreiber der finanziellen Zukunft werden der Steuerertrag und der Finanzausgleich sein. Horw wird wohl auf das Finanzniveau von 2017 zurückfallen. Ausserdem ist die Zukunft ganz stark abhängig davon, welche Anzahl und welche Steuerkraft die zuziehenden Bewohner mitbringen.

Im Einzelnen ist zum Personal- und Sachaufwand auf Seite 25 zu bemerken, dass wir uns nach wie vor auf einem hohen Niveau bewegen. Dennoch soll ein konkreter Leistungskatalog so erarbeitet werden, wie er unter dem Punkt erwähnt wird.

Urs Röllli (FDP)

Reto von Glutz (SVP)

Transparent aufgeführt, aber doch erschreckend wahrscheinlich, erscheinen uns die sog. «Interventionswerte», die laut Gemeinderat klar zu einer Steuererhöhung führen werden, vgl. S. 40. Die SVP wird sensibilisiert ein Auge auf diese Werte und Gründe werfen und ersucht den Gemeinderat, eine allfällige Einführung oder Umsetzung von einem Grund sehr genau zu prüfen. Schliesslich wird im B+A, Ziff. 4.2 (Der Steuerfuss soll auf dem Niveau gehalten werden) als einer von mehreren Grundsätzen festgehalten, dass der Steuerfuss auf dem heutigen Niveau gehalten werden soll. Ausserdem gibt es einen neuen Bundesgerichtsentscheid, der den Gemeinden die Autonomie über den Steuerfuss belässt. Dem Leitsatz folgend soll der Steuerfuss so belassen werden, momentan gibt es sicher keinen Grund für eine Erhöhung.

Die SVP-Fraktion dankt für das Ausarbeiten der Finanzstrategie und ist einstimmig für Eintreten.

Ich danke Ihnen für die intensive Auseinandersetzung mit der Finanzstrategie, die Ihnen erstmals vorgelegt worden ist. An den Diskussionen habe ich gemerkt, dass Sie sich vertieft damit auseinandergesetzt haben. Uns ist bewusst, dass es eine relativ kurze Zeit war, in der Sie sich damit auseinandersetzen konnten. Es war aber wichtig, Ihnen die Finanzstrategie zu unterbreiten, bevor wir in den detaillierten Budgetprozess vom AFP 2021 gehen. Ich habe die kleine Hoffnung, dass das Papier auch für die künftigen neuen Parlamentsmitglieder eine Einführung oder ein Lehrbuch ist. Vor allem im ersten Teil der Strategie sind ein paar Zusammenhänge erläutert, von denen ich denke, dass es wichtig ist, dass die künftigen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte davon Kenntnis haben und wissen, wie die Mechanismen funktionieren.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Sie haben vieles richtig festgestellt, das auch in den Kommissionen und Fraktionen diskutiert wurde. Von der AFR18 ist zu sagen, dass das nicht nur ein Finanzprojekt, sondern auch ein Aufgabenreformprojekt ist. Die Aufgabenreform war gut und ist gelungen und es ist auch nicht so, dass wir in allen Teilen Verlierer sind. Wir werden demnächst eine Dorfbachsanieierung haben, bei der es um einen zweistelligen Millionenbetrag geht und bei der die Gemeinde Horw nur noch im untergeordneten Bereich beteiligt sein wird. Das muss man bei einer Gesamtbeurteilung der AFR18 auch einbeziehen. Ich gehe aber mit Ihnen einig, dass vom Kanton her nicht ganz mit offenen Karten gespielt wurde. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir wirklich jede Gelegenheit wahrnehmen, über die uns zur Verfügung stehenden Kanäle das entsprechende Lobbying beim Kanton zu betreiben. Da lassen wir nicht locker, aber das braucht halt seine Zeit und ich verstehe auch den Kanton, der sagt, dass er zuerst die Wirkungen sehen möchte, bevor er wieder etwas ändert. Das muss man akzeptieren, aber wenn man nachher Wirkungen sieht, erwarten wir, dass der Kanton rasch handelt.

Bezüglich der Investitionen sehe ich wirklich nicht, wo wir zu wenig investiert haben. Der Finanzhaushalt wie wir ihn haben, mit de facto fast einem Nettovermögen pro Einwohnenden und massiven Investitionen, die in der Vergangenheit vor allem in die Schulinfrastruktur gemacht wurden, aber auch in die Wasserversorgung, das Gemeindehaus oder andere Infrastrukturanlagen, haben Sie einen Haushalt, der gesund ist. Massive Investitionen und keine übermässige Nettoschuld, was kann Ihnen Besseres passieren? Sie werden weitherum Gemeinden suchen müssen, die in dem Zustand sind. Das ist auch die Voraussetzung, die es uns ermöglicht, im Rahmen der Finanzstrategie Handlungsfreiheit zu haben und nicht in der Not schnell etwas in die Wege leiten zu müssen. Wir haben effektiv Zeit, überlegte Massnahmen vorzunehmen.

## Detailberatung

### Bericht und Antrag

#### 4.8 Wir bemühen uns laufend um Effizienzsteigerungen

#### 4.10 Wir schaffen Potenzial für eine nachhaltige finanzielle Entwicklung

Zu diesen Punkten möchte ich gerne ein Lob anbringen. Ich finde das sehr positiv und möchte meine Anerkennung für die Auflistung und die Ausführungen im B+A aussprechen. Besten Dank.

Reto Eberhard (SVP)

#### Anhang Finanzstrategie 2026

Keine Anmerkungen

Rita Wyss (L20)

#### Abstimmung Beschluss:

**Die Finanzstrategie 2021 – 2026 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

## 4. Bericht und Antrag Nr. 1661 Investitionsprogramm 2021-2027

### Eintreten GPK

Mit dem Investitionsprogramm legt uns der Gemeinderat die Planung vor, die in den acht Jahren zwischen 2020 und 2027 – einschliesslich der Spezialfinanzierungen – Investitionsausgaben von total 79.8 Mio. Franken erwartet. Das entspricht einem Jahresdurchschnitt von 9.9 Mio. Franken. Im Hinblick auf die kommenden schwierigen Jahre mit jeweils erheblichen Fehlbeträgen in der laufenden Rechnung, welche, wenn die Steuern nicht erhöht werden, zu einer mehrfachen und längerfristigen Verletzung der Richtlinien zu den Finanzkennzahlen im Bereich der Verschuldung und im Bereich der Deckung des Verwaltungsvermögens durch Eigenkapital führen werden, hat der Gemeinderat strikte Planungsrichtlinien für den Finanzhaushalt ab 2021 erlassen.

Markus Bider (CVP)

Im Bereich der Investitionen wird in dem Dokument davon ausgegangen, dass wir in den nächsten sechs Jahren im Durchschnitt nicht mehr als 6.4 Mio. Franken pro Jahr ausgeben. Es zeigt sich jetzt, wenn man mit dem Entscheid vom vorherigen Geschäft vergleicht, dass wir im Moment eine Differenz haben. Der Durchschnitt in den kommenden acht Jahren liegt nicht bei 6.4 Mio., sondern bei 9.9 Mio. Franken. Jetzt ist man von einem Durchschnitt von zehn Jahren ausgegangen und hier haben wir acht Jahre, aber auch wenn man davon ausgeht, dass in den letzten zwei Jahren, 2028 und 2029 nichts investiert wird, würde man die Vorgaben, die wir uns gegeben haben, immer noch nicht einhalten.

In dem B+A wird uns das aus der vorangegangenen Debatte zur Finanzstrategie bekannte Basisszenario vorgelegt. Das wahrscheinlich wesentliche Basisszenario liegt in dem B+A in drei Versionen vor. Der Investitionsplan erreicht die Finanzvorgaben, also die vier Kennzahlen, über nahezu den ganzen Planungszeitraum nicht. Das vorgelegte Basisszenario mit Massnahmen erreicht die Kennzahlen gegen Ende des Planungszeitraums weitgehend. Aus dem Grund erachtet die GPK das geplante Investitionsvolumen, so wie es uns jetzt in dem B+A vorgelegt wird, um rund 25 Mio. Franken zu hoch. Die Kommission ist darum der Auffassung, dass sich die Gemeinde, nach dem Investitionsschub der guten letzten Jahre, in der kommenden finanziellen Durststrecke ohne Weiteres ausschliesslich auf werterhaltende Investitionen beschränken kann und keine Erweiterungs- oder Verschönerungsinvestitionen in Angriff nehmen muss. Aus dem Grund wird die GPK in der Detailberatung eine Anzahl Anträge stellen, die das Investitionsprogramm in etwa um den erwähnten Differenzbetrag von 25 Mio. Franken reduzieren.

Die Finanzstrategie wurde von Ihnen einstimmig positiv aufgenommen. Eine grosse Mehrheit will Steuererhöhungen vermeiden, das haben wir von drei Fraktionen gehört. In dem Sinn sollte sie jetzt nicht gerade im ersten Geschäft nach Genehmigung der Finanzstrategie die Regel, die sie sich selbst gegeben hat, wieder verletzen.

Mit den Anträgen, die in der Detailberatung folgen, wird die GPK einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des Investitionsprogramms 2021-2027 sein.

### **Eintreten BVK**

Den B+A Nr. 1661, Investitionsprogramm 2021-2027, haben wir zusammen mit den Gemeinderäten Thomas Zemp und Jörg Stalder beraten. Weil seit der Einführung von HRM2 der frühere Finanz- und Aufgabenplan zusammen mit dem Budget im Aufgaben- und Finanzplan beraten wird, hat der Einwohnerrat zusätzlich eine langfristige Finanzplanung verlangt, die ihm vor der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans vorzulegen ist. Darum liegt uns heute dieses Investitionsprogramm zur Genehmigung vor.

Die Gemeinderäte haben uns anlässlich der BVK-Sitzung erklärt, dass die Vorgaben und die geplanten Investitionen aus dem AFP 2021 im Hinblick auf die Finanzstrategie, die wir ja vorhin verabschiedet haben, kritisch hinterfragt und überprüft worden seien. Das dort ausgewiesene Ziel-Investitionsvolumen wird mit dem vorliegenden Investitionsprogramm aber trotzdem um rund 10 % überschritten.

Investitionen haben einen Einfluss auf den Cashflow und damit auf die Kennzahlen der Gemeinde. Das sieht man, aber versteht es mit dem Cashflow-Schema im B+A ehrlich gesagt nicht gerade auf Anhieb. Die BVK hat aber weniger das Schema interessiert als die Aussage im B+A, dass insbesondere beim Finanzstrategie-Szenario «Stress» durch einen Investitionsstopp ein Investitionsstau mit entsprechenden negativen Folgen resultieren könnte. Das sieht die BVK genauso. Falls zu lange keine Investitionen mehr getätigt werden können, würde das den Wert des Anlagevermögens der Gemeinde reduzieren, was nicht nachhaltig wäre und später Mehraufwendungen zur Folge hätte. Darum braucht es eine regelmässige Neueinschätzung der Finanzlage sowie eine allfällige Anpassung des Investitionsprogramms. Das geplante Investitionsvolumen darf ein wenig über dem Ziel-Investitionsvolumen liegen, wenn ein entsprechendes Controlling eingerichtet wird. Es liegt aber auf der Hand, dass man höchstens so viel investiert, wie man sich auch leisten kann.

Die Umsetzung der Tempo 30-Massnahmen gibt bekanntlich regelmässig zu Diskussionen Anlass. Grundsätzlich sind die gemäss bestehendem Konzept beschlossenen Strassenabschnitte mit der Einführung von Tempo 30 zu beruhigen und sicherer zu gestalten. Über die Dringlichkeit kann man aber diskutieren.

Bezüglich Finanzierung der Unterführung Wegmatt haben wir im Nachgang zur BVK-Sitzung von Gemeinderat Thomas Zemp erfahren, dass die Beiträge aus dem Aggloprogramm sowie von der zb nur zu einem Teil eingesetzt sind, weil die Schliessung der beiden Bahnübergängen noch nicht definitiv ist.

Die für den Baukredit Bushof und Bahnhofplatz eingestellten Beiträge aus dem Aggloprogramm sind hingegen gesichert und im Finanzplan 2021 und 2022 eingestellt worden.

Weitere wichtige Themen waren die stadträumliche Entwicklung Horw See sowie die Arealentwicklung Seefeld. Wie weit es eine stadträumliche Entwicklung in Horw überhaupt braucht, ist für die BVK zumindest fraglich. Bei der Arealentwicklung Seefeld ist man schon weiter, der Sieger vom Studienauftrag wird im Juli bekanntgegeben und ab dem 20. August 2020 kann man die fünf Projekte im Gemeindehaus anschauen.

Jürg Biese (L20)

Interessant war natürlich auch zu erfahren, wie es mit der Planung des Schulhauses Allmend weitergeht. Planungs- und Projektionskredit belaufen sich zusammen auf 1 Mio. Franken, während der Neubau neben dem heutigen Schulhaus mit 14 Mio. Franken prognostiziert und zeitlich wohl eher später realisiert wird als er jetzt im Programm abgebildet ist. Die Palazzine werden teilweise auch während des Umbaus des Schulhauses Allmend verwendet und somit ein weiteres Mal zum Einsatz kommen.

Die BVK hat mit einem gewissen Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass der Doppelkindergarten Kirchfeld nicht in die neu geplanten Kirchfeldgebäude integriert werden soll, oder besser gesagt kann, sondern dass ein neuer Standort – unabhängig vom Neubau Kirchfeld – gesucht werden muss.

Zu diskutieren gab schlussendlich auch der Studienauftrag Friedhof, weil die Kosten und der Nutzen dafür aus Sicht der BVK nicht offensichtlich in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Mit Blick auf unsere Szenarien in der Finanzstrategie könnte man sicher über eine Verschiebung oder gar Streichung eines wesentlichen Anteils von diesen Kosten diskutieren, weil zumindest der Bedarf an öffentlichen Parkanlagen an dieser Stelle bis heute nicht wirklich nachgewiesen ist.

Investitionsvorhaben haben eine direkte Abhängigkeit von der Finanzstrategie, und umgekehrt bestimmt man mit der Finanzstrategie die noch möglichen Investitionen. Das Gleichgewicht zwischen den geplanten Investitionen und gesunden Finanzen ist ein iterativer, in Horw aufgrund von den unvorhersehbaren Steuereinnahmen leider auch empirischer Prozess, der im Auge behalten werden muss. Nötigenfalls sind Korrekturen am Investitionsprogramm unter Inkaufnahme von Wertminderungen unseres Anlagevermögens in Betracht zu ziehen.

Am Schluss der Beratung hat die BVK einstimmig beschlossen, das Investitionsprogramm 2021-2027 zur Kenntnis zu nehmen und ist darum auch für Eintreten auf den B+A Nr. 1661.

### **Eintreten GSK**

Die GSK hat das Investitionsprogramm genauestens studiert. Sie hat nicht nur GSK-relevante Themen, sondern auch kommissionsfremde Vorschläge diskutiert.

Grundsätzlich finden wir das Vorgehen des Gemeinderates sportlich, vielleicht zu sportlich. Zum Punkt 2.3, Vorgaben AFP 2021, ist die GSK der Auffassung, dass zu global gedacht wird. Was ist in den nächsten Jahren? Eine sog. Qualitätssteigerung bedeutet auch eine Effizienzsteigerung. Zudem vertreten wir die Auffassung, dass die St. Niklausenstrasse eher als erst im Jahr 2024 saniert werden soll. Zudem vertreten wir die Meinung, dass die Budgets meist nicht voll ausgeschöpft werden. Wird eventuell zu üppig budgetiert?

Gemäss Punkt 2.4, Investitionszielvolumen, möchte die Gemeinde in den nächsten zehn Jahren 19 Mio. Franken für die Bildung ausgeben. Entgegen der Meinung der GPK stellen wir uns die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, die Sanierung des Schulhauses Allmend um fünf Jahre hinauszuschieben. Dazu stellen sich uns einige Fragen:

1. Wieviel Raumbedarf wird im Schulhaus Allmend in den nächsten Jahren erwartet?
2. Wären die Palazzine von den Räumlichkeiten her ausreichend für eine Zwischennutzung, wenn man die Erweiterung des Allmendschulhauses auf die Jahre 2026/27 verschieben würde?
3. Wie hoch wäre ungefähr der Investitionsbedarf, damit man die Palazzine im Sommer und Winter ideal als Schulraum nutzen könnte?
4. Wie steht es mit den Einzugsgebieten betreffend den schulergänzenden Angeboten und der Betreuung? Es stehen viel zu wenig Räume zur Verfügung.

Jörg Conrad (SVP)

Wir erwarten, dass der Gemeindepräsident die gestellten Fragen zwischenzeitlich beantwortet.

Zum Punkt 7 des Anhangs, Investitionen Leistungsgruppe Hochbauprojekte, ist die GSK zur Sanierung des Schulhauses Allmend der Auffassung, dass die Sanierung weiterhin geplant werden und nicht nach hinten verschoben werden soll. Eine Gegenüberstellung, was in die Palazzine investiert werden muss, wäre sinnvoll.

Trotz den nicht beantworteten Fragen nimmt die GSK das Investitionsprogramm einstimmig zur Kenntnis.

### **Eintreten CVP**

Die CVP-Fraktion hat den B+A anlässlich der letzten Fraktionssitzung beraten und diskutiert. Ich kann es vorwegnehmen, wir sind einstimmig für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1661.

Ivan Studer (CVP)

Zum ersten Mal verfügen wir im Einwohnerrat über ein Dokument, welches die vom Gemeinderat geplanten Investitionen über die nächsten sechs Jahre aufzeigt. Dieses Dokument zeigt transparent auf, welche Schwerpunkte der Gemeinderat in der Investitionsplanung setzt. Somit haben wir im Rat die Möglichkeit, die strategischen Investitionen über einen längeren Horizont zu beeinflussen. Die CVP-Fraktion begrüsst diese Transparenz. Zusammen mit der Finanzstrategie haben wir nun genügend Möglichkeiten, die Investitionsplanung soweit zu beeinflussen, dass für Horw ein möglichst grosser Mehrwert entsteht.

Der Gemeinderat hat sich bei der Ausarbeitung dieser Planung am Notwendigen orientiert und wünschenswerte Investitionen weitgehend weggelassen. Im Hinblick auf die zu erwartenden schwierigen finanziellen Jahre ist das sicher die richtige Vorgehensweise. Die CVP-Fraktion wird in diesem Sinne auch den Antrag der GPK, die Sanierung vom Schulhaus Allmend zeitlich zu verschieben, unterstützen. Sollten sich aber die Gemeindefinanzen besser als erwartet entwickeln, werden wir in der Debatte zum AFP 2023 den Antrag auf eine vorzeitige Sanierung wieder einbringen.

Der Bereich Seefeld / Horw See erscheint in der Investitionsplanung an verschiedenen Orten in Bezug auf Planung und Umsetzung. Hier besteht die Gefahr, dass kurzfristige Interessen realisiert werden und somit eine nachhaltige und gesamtheitliche Entwicklung von Horw See erschwert wird. Die CVP hat deswegen bereits 2016 ein Postulat eingereicht, das ein Gesamtkonzept über den gesamten Perimeter verlangt. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er dies auch entsprechend berücksichtigt und dass der Einwohnerrat rechtzeitig darüber beraten kann.

Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erstellung der Investitionsplanung und sind einstimmig für Eintreten und positive Zustimmung.

### **Eintreten L20**

Die L20 hat sich lange über das Investitionsprogramm unterhalten, länger als uns eigentlich lieb war. Dabei war das Investitionsprogramm selbst gar nicht so umstritten wie die Anträge der GPK.

Charlotte Schwegler  
(L20)

Das Investitionsprogramm erscheint der L20 als realistisch und kompatibel mit der bereits diskutierten Finanzstrategie. Wenn man die Investitionsausgaben der letzten paar Jahre anschaut, wird schnell klar, dass Horw im Jahre 2016 8.6, 2017 4.8, 2018 12.85 und im Jahr 2019 7 Mio. Franken unter den budgetierten Investitionen lag. Wieso sollte sich das auf 2021 ändern und plötzlich die gesamten geplanten Investitionen tatsächlich im Budget liegen? Das scheint uns, basierend auf den vergangenen Jahren, unwahrscheinlich. Unverständnis hat zudem der Ort der Einsparungen, den die GPK vorschlägt, hervorgerufen. Kaum wird es finanziell angespannter, wird bei der Bildung der Rotstift hervorgeholt. Die Sanierung des Schulhauses Allmend soll also verschoben werden. Ich selbst habe das Schulhaus besucht und weiss noch, als es dazumal hiess, dass das Schulhaus versinkt und mit dem Kommentar der Lehrerin beruhigt wurde, dass es umgebaut werde. Im Vergleich zu anderen im Rat mag ich noch relativ jung sein, aber meine Damen und Herren, das war vor bald 20 Jahren und mittlerweile hat sich die Dringlichkeit, dass auch das Schulhaus als letztes Primarschulhaus der Gemeinde die verdiente Sanierung bekommt, noch erhöht. Die Platzverhältnisse in den Schulzimmern sind bei Weitem nicht mehr zeitgemäss. Auch die Anzahl Schulzimmer ist für das Bevölkerungswachstum in Horw zu tief. Horw braucht mehr Raum für Primarschulklassen. Wenn unsere schulgänzende Institution Familie plus dem Bevölkerungswachstum standhalten will, braucht auch sie mehr Räumlichkeiten, was nur durch den Ausbau des Schulhauses Allmend gewährleistet werden kann.

Letzten September hat unser Rat die Gemeindestrategie verabschiedet und sich vorgenommen, die Gemeindeschulen zu fördern und bedarfsgerechte Betreuungsangebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anzubieten. Das wurde jetzt wahrscheinlich vergessen. Und wer jetzt sagt, das könne man auch mit den Palazzine überbrücken, hat wohl vergessen, dass wir zusammen den Satz zu nachhaltigen Investitionen in die Gemeindestrategie geschrieben haben. Überbrückungslösungen, die noch ausgebaut werden müssen, weil sie z. B. nicht sommertauglich sind oder zu wenig Platz anbieten, sind nicht nachhaltig. Herr Rölli, das ist genau einer der Orte, wo in den letzten Jahren nicht investiert wurde. Bei den vielen Jahren, in denen sich die Gemeinde jetzt schon davor drückt, das Allmendschulhaus zu sanieren, bekommt man schon fast den Eindruck, dass sie das nicht will. Klar ist aber, dass die GPK auf Biegen und Brechen versucht, in erster Linie auf Kosten der Bildung eine Steuererhöhung zu vermeiden, obwohl an der Stelle nicht einmal klar ist, welches von Finanzszenarien schlussendlich eintreffen wird. In der Finanzstrategie wird das Szenario «Stress» als wahrscheinlich betitelt. Das sind keine guten Voraussetzungen, da stimme ich Ihnen zu. Aber gleichzeitig sind die Szenarien zum Teil konservativ berechnet. Potenzielle Neuzuzüger wurden nicht geschätzt und wurden auch nicht miteinberechnet. Darum würde ich sagen, dass es einen Silberstreifen am Horizont gibt oder zumindest ein Licht im Tunnel.

Zum Schluss möchte ich den Einwohnerrat bitten, dem Antrag der GPK, die Sanierung des Allmendschulhauses zu streichen, nicht zu folgen. Einsparungen auf Kosten der Jüngsten hält die L20 zu diesem Zeitpunkt nicht für angebracht. Horw muss schauen, welches von den Szenarien sich tatsächlich bewahrheitet und dann nicht davor zurückschrecken, eine kurzzeitige Steuererhöhung anzustreben, um die Krise zu überwinden. Horw wird mit der Entscheidung nicht allein dastehen und nicht gerade das Image einer steuergünstigen Gemeinde verlieren. Corona und der Finanzausgleich treffen alle steuergünstigen Gemeinden. Horw hat den Vorteil, aufgrund des hohen Eigenkapitals sehr gut dazustehen. Die L20 hat sich dazu entschieden, falls der Antrag der GPK angenommen wird, das Investitionsprogramm nicht gutzuheissen.

### **Eintreten FDP**

Nach der der Finanzstrategie 2021-2026 hat die FDP-Fraktion das Investitionsprogramm für den gleichen Zeitraum kritisch und akribisch studiert. Es gibt Investitionen, die bereits schon länger geplant sind und nach wie vor laufen. Solche wollten wir nicht antasten, diese wurden bereits beschlossen und sind in Ausführung. Doch die Kennzahlen des Basisszenarios der Finanzstrategie sprechen klare Worte. Wenn man nur annähernd die verlangten Kennzahlen des Kantons in nützlicher Frist wieder erreichen möchte, ist Handlungsbedarf angezeigt. Die Investitionen müssen aufs Minimum zurückgefahren werden.

Für die FDP ist es interessant zu lesen, dass nun u. a. genau dort Einsparungen möglich sind, wo wir seit Jahren versuchen, die Bremse anzuziehen. Offensichtlich ist jetzt der richtige Moment, wo dies berücksichtigt wird.

Die FDP kann die Sparvorschläge des Gemeinderates und der GPK unterstützen, die sich positiv auf die Investitionsausgaben auswirken, wie z. B. das Verschieben der Sanierung des Schulhausbaues Allmend sowie die Umbuchung der Anschlussgebühren Wasser/Abwasser wie früher in die Investitionsrechnung. Weiter sind in der Investitionsrechnung diverse Posten aufgeführt, bei denen noch nicht sicher ist, ob diese benötigt werden, da diese von Dritten abhängig sind oder dem Einwohnerrat noch mit einem B+A vorgelegt werden.

Weiter wird die FDP einen Antrag stellen, um die Finanzstrategie noch etwas zu entlasten und aktiv mitzuhelfen, die Finanzen in der Gemeinde Horw in den Griff zu bekommen.

Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Kenntnisnahme des Investitionsprogramms 2021-2027.

### **Eintreten SVP**

Auch die SVP hat an ihrer Fraktionssitzung den B+A Nr. 1661 eingehend diskutiert und wird bei der Detailberatung zwei Anträge stellen:

1. Aufgrund der Finanzstrategie werden wir beantragen, dass die geplanten Investitionen zu Tempo 30 im Quartier Rigiblick und die Erschliessung des Pilatushangs um zwei Jahre nach hinten verschoben werden.
2. Ebenfalls aufgrund der Finanzstrategie und Punkt 3.2 des B+As, wo darauf hingewiesen wird, dass das Investitionspaket eher in zehn als in sieben Jahren umgesetzt wird, werden wir beim Baukredit für den Bushof und Bahnhofplatz ebenfalls eine Verschiebung der Investitionen um zwei Jahre beantragen. Zudem stimmen wir den Anträgen der GPK einstimmig zu.

Bei uns haben die Sanierung und der Ausbau der Kastanienbaumstrasse, das Projekt «Schulhaus Allmend» und der Studienauftrag «Friedhof» zu regen Diskussionen geführt. Unsere Fraktion empfiehlt trotzdem einstimmig Eintreten und ist für positive Kenntnisnahme des Investitionsprogramms.

Ich weiss, die L20 ist eine junge Fraktion. 2013 gab es einen B+A zur Sanierung des Schulhauses Allmend und es wurden nahezu 1 Mio. Franken investiert. Man kann also nicht sagen, dass nichts in das Schulhaus investiert wird, Frau Schwegler. Das Schulhaus Allmend ist sogar eines der ersten Schulhäuser, das Solarkollektoren erhalten hat.

Ich danke für die Beratung und die Auseinandersetzung mit den zukünftigen Investitionen. Sie sind in den Kommissionen und Fraktionen auf den neuesten Stand gebracht worden und darum schlage vor, gleich in medias res zu gehen.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Hans Stampfli (SVP)

Urs Röllli (FDP)

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich finde es ein wenig sonderbar, dass ich vom Sprecher der GSK aufgefordert werde, Fragen zu beantworten, die ich meiner Kollegin Claudia Rösli bereits schriftlich beantwortet habe. Ich kann das aber gerne wiederholen.

Ruedi Burkard (FDP)

Mit den Palazzine, in denen wir schon diverse Provisorien beheimatet haben, haben wir absolut genug Räume, um sämtliche Bedürfnisse an Klassen- und Gruppenräumen sowie Lehrerzimmer in der jetzigen Zeit und bis 2028 beheimaten zu können. Es gibt also genügend Räume, um die Raumanforderungen zu erfüllen.

Zu den Kosten, die benötigt werden, um die Palazzine tauglich zu machen, damit die Räume für die nächsten acht Jahre zur Verfügung gestellt werden können, kann ich zum heutigen Zeitpunkt keine Angaben machen, aber es sind sicher ein paar Investitionen nötig.

Ich habe keine Antworten zu den Fragen erhalten, darum habe ich sie beim Eintreten erwähnt.

Jörg Conrad (SVP)

Auch von meiner Seite besten Dank für die gute Aufnahme des Investitionsprogramms. Es ist beim Eintreten der GPK erwähnt worden, dass wir den Finanzplan mit dem Investitionsprogramm nicht einhalten können. Aber ich möchte noch einmal sagen, was ich auch in der BVK erwähnt habe. Wir haben ab und zu einmal ein Projekt, das durch das Bewilligungsverfahren oder andere Umstände nicht gerade umgesetzt werden kann. Im Investitionsprogramm müssen wir ein wenig übersteuern, damit wir am Schluss unsere Investitionen machen können.

Jörg Stalder (L20)

Zum Schulhaus Allmend: Die Aussage von Herrn Röllli ist richtig. Man hat aber im Schulhaus Allmend notwendige Sanierungen gemacht, wie Sanitäranlagen, es wurden die Elektroanlagen nachgerüstet, WLAN installiert. Es wurde aber weder etwas an den Raumgrössen noch an anderen Sachen gross in das Schulhaus investiert. Es wurde einfach das Notwendigste gemacht.

Auf Ihre Aussage Herr Stalder, dass die Investitionsprogramme in der Vergangenheit noch Luft hatten und dass das offenbar unabänderlich ist und man darum auch mit einem inkonsistenten Plan arbeiten kann, weil es ja dann vielleicht gut kommt, ist meine Antwort: Machen Sie doch die Investitionsprogramme besser als auf das Prinzip «Hoffnung» zu setzen. Es ist wichtig, wenn wir uns zu einer Finanzstrategie äussern und die grossmehrheitlich positiv annehmen, dass dann auch konsistente Zahlen hinterlegt werden und man nicht einfach sagt, die Zahlen stimmen nicht, aber das wird dann schon passen. Ich halte das nicht für die richtige Herangehensweise.

Markus Bider (CVP)

Ja Herr Stalder, beim Schulhaus Allmend wurde zum Teil nur Kosmetik gemacht, aber es wurden über 1 Mio. Franken investiert. Zudem wurden bei den Klassenräumen Vergrößerungen gemacht, weil die Integrative Förderung und Integrative Sonderschulung eingeführt wurden. Man kann also nicht sagen, es sei nur eine Pinselrenovation gewesen. Aber das ist jetzt scheinbar eine parteipolitische Diskussion.

Urs Röllli (FDP)

## Detailberatung

### Bericht und Antrag

#### 2.4 Investitionszielvolumen

In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage. Von Seite L20 ist es, glaube ich, nicht so klar, was die Zahl von 6.4 Mio. Franken, die jetzt als langfristige Zahl für den Investitionsbedarf genannt wird, bedeutet. Ich gehe davon aus, dass der Betrag die Erhaltung des Verwaltungsvermögens ermöglicht, damit dieses wertmässig auf dem gleichen Stand erhalten bleiben kann. Ist diese Interpretation korrekt?

Markus Bider (CVP)

Die 6.4 Mio. Franken sind tatsächlich Neuinvestitionen. Wenn Sie in der Strategie schauen, haben Sie unter den speziellen Vorgaben die genannten 6.4 Mio. und für den baulichen Unterhalt und Instandhaltung 2.5 Mio. Franken.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

#### Anhang: Liste der Investitionen nach Aufgabenbereichen

Markus Bider (CVP)

##### 1 Investitionen Leistungsgruppe Sport und Freizeit

Zum «Darlehen Tennisclub» sieht man die Zahl von 2.95 Mio. Franken. Das entspricht exakt der Summe, die wir genehmigt haben. Der Betrag wird 2021 nicht gesamthaft anfallen, sondern gestaffelt über die Jahre 2021-2023. Gleichzeitig wurde mit dem Tennisclub eine laufende Rückführung des Darlehens vereinbart. Aus dem Grund ist die Darstellung in der Liste nicht korrekt. Die GPK macht beliebt, das in den kommenden Finanzplänen, AFP usw. korrekt darzustellen.

Die Bemerkungen von Herrn Bider sind richtig, sowohl was die Auszahlung des Darlehens betrifft wie auch die Rückführung. Von daher opponiert der Gemeinderat nicht gegen den Antrag.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

##### Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: Gemäss Businessplan des Tennisclubs finden die geplanten Investitionen von max. 2.95 Mio. Franken gestaffelt in den Jahren 2021-2023 statt. Zudem erfolgt die Rückzahlung dieses Darlehens linear über die vereinbarte Laufzeit.

Rita Wyss (L20)

Der Mittelabfluss wie auch der Mittelrückfluss sollen in künftigen Darstellungen ab dem AFP 2021 in Abstimmung mit dem Businessplan oder neueren Erwartungen erfolgen.

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

##### 3 Investitionen Leistungsgruppe Verkehr Baudepartement

Unter diesem Punkt stellt die SVP-Fraktion zwei Anträge auf Bemerkung.

1. Das Projekt «Tempo 30» wird um zwei Jahre nach hinten verschoben.
2. Der Baukredit «Bushof und Bahnhofplatz» wird um zwei Jahre nach hinten verschoben.

Hans Stampfli (SVP)

Beim Tempo 30-Projekt sollen gemäss Planung, die der Einwohnerrat verabschiedet hat, die Zonen Pilatushang, Wegmatt und das Altsagengebiet realisiert werden. Wenn Sie die Investitionen verschieben, trage ich nichts zu der Zielerreichung bei, sondern dann müssten Sie jetzt schon ehrlich sein und sagen, dass Sie Tempo 30 nicht wollen und das ganz aus dem Investitionsprogramm streichen. Wir sind zum Teil schon bei der Planung und zu der Umsetzung gibt es auch Erwartungshaltungen. Das sind periphere Zonen, in denen Tempo 30 sicher sinnvoll ist.

Thomas Zemp (CVP)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen und uns weiter an dem Projekt arbeiten zu lassen.

Die Planung ist vielleicht fortgeschritten, das heisst aber nicht, dass man es grad ausführen muss. Man kann auch etwas zurückstellen und in zwei oder fünf Jahren ausführen.

Ueli Nussbaum (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der SVP: «Aufgrund der Gemeindefinanzen stellt die SVP-Fraktion den Antrag, dass die Investitionen betreffend Tempo 30 um zwei Jahre nach hinten verschoben werden, also auf die Jahre 2023 und 2024.»

Rita Wyss (L20)

**Der Antrag wird mit 9:17 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.**

Zum Antrag auf Aufschiebung des Baukredits für den Bushof und Bahnhofplatz nehme ich nicht an, dass Sie es später bauen wollen, sondern dass Sie eher davon ausgehen dass es später wird. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Wir werden selbstverständlich im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans, den Sie im November beraten, die Zeitpunkte eintragen, von den wir annehmen, dass sie realistisch sind.

Thomas Zemp (CVP)

Geht es bei dem Baukredit um die Ausbaurkosten oder wird noch Weiteres geplant?

Ueli Nussbaum (FDP)

Es geht um den Ausbau. Wir haben ein Projekt gemacht, es wurde aufgelegt, wir hatten Einsprachen und wir müssen noch die Lärmthematik lösen. Wir sind daran, dass Projekt bewilligungsfähig zu machen und dann möchten wir es so schnell wie möglich ausführen. Abgesehen davon, gibt es gewisse Abhängigkeiten. Wir sind im Agglomerationsprogramm, wir erhalten namhafte Beiträge vom Bund und wenn Sie jetzt das Zeichen setzen, dass Sie aussteigen oder das verzögern möchten, müssen Sie auch in Kauf nehmen, dass Sie die Beiträge nicht mehr bekommen.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der SVP: «Aufgrund der Gemeindefinanzen und des B+As, Seite 6, Punkt 3.2 (...«Aufgrund dieser Erfahrung gehen wir davon aus, dass das abgebildete Investitionspaket wahrscheinlich eher in 10 statt in 7 Jahren umgesetzt werden kann.»...) stellt die SVP-Fraktion auch hier den Antrag, die Investitionen für den Baukredit Busbahnhof und Bahnhofplatz ebenfalls um zwei Jahre nach hinten zu verschieben, also auf die Jahre 2023 und 2024.»

Rita Wyss (L20)

**Der Antrag wird mit 5:18 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.**

**5. Fragestunde**

anschliessend Weiterbehandlung B+A Nr. 1661.

Der Antrag auf Bemerkung der GPK bezieht sich auf den gleichen Punkt, über den wir schon abgestimmt haben. Er lautet wie folgt: «Die Mittelflüsse zum Projekt «Bushof und Bahnhofplatz» entsprechen nicht den in der Sitzung präsentierten neuesten Erwartungen. Die Darstellung der Mittelflüsse soll künftig – ab dem AFP 2021 – in Abstimmung mit den neuesten Erwartungen erfolgen.»

Markus Bider (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Die Mittelflüsse zum Projekt «Bushof und Bahnhofplatz» entsprechen nicht den in der Sitzung präsentierten neuesten Erwartungen. Die Darstellung der Mittelflüsse soll künftig - ab dem AFP 2021 - in Abstimmung mit den neuesten Erwartungen erfolgen.»

**Dem Antrag wird mit 26:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Die GPK stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: «Zur Vereinfachung der Beurteilung soll bei allen Projekten die Gesamtsumme der Ausgaben und Einnahmen über die gesamte Projektlaufzeit als Summe ausgewiesen werden.»

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Zur Vereinfachung der Beurteilung soll bei allen Projekten die Gesamtsumme der Ausgaben und Einnahmen über die gesamte Projektlaufzeit als Summe ausgewiesen werden.»

**Dem Antrag wird mit 23:0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.**

Ich habe eine Verständnisfrage an Herrn Zemp, und zwar haben Sie uns gesagt, wenn wir das zurückstellen, bekommen wir vielleicht das Geld nicht mehr vom Bund. Ist das immer noch so? Wir haben ja jetzt darüber abgestimmt, dass die Investition tatsächlich nach hinten verschoben wird.

Bei den Anträgen von Herrn Bider wurde nicht darüber abgestimmt, etwas zu verschieben. Bei einem wurde beschlossen, dass versucht wird, die Planung möglichst der Realität anzupassen, beim anderen ging es darum, die Gesamtkosten aufzuzeigen.

Ich habe zugesichert, die Planung möglichst der Realität anzupassen. Wenn Sie aber den Antrag stellen, etwas nach hinten zu verschieben, signalisieren Sie nach aussen, dass Sie nicht jetzt bauen möchten, sondern vielleicht später oder wann auch immer. Das ist eine andere Aussage. Dann könnten wir nicht bauen, auch wenn wir parat wären.

**7 Investitionen Leistungsgruppe Hochbauprojekte**

Ich möchte jetzt den viel kritisierten Antrag auf Bemerkung der GPK stellen. Die drei Projekte im Zusammenhang mit dem Schulhaus Allmend im Investitionsprogramm sollen um fünf Jahre hinausgeschoben werden. Den Grund habe ich bereits gesagt, er liegt darin, dass wir einstimmig die Finanzstrategie beschlossen haben und so, wie das Investitionsprogramm vorliegt, wird es der Strategie nicht gerecht.

Als zweiten Punkt möchte ich als Replik an Frau Schwegler anfügen, dass Sie fälschlicherweise davon ausgehen, dass der Rat das Projekt kippen will. Das ist aber nicht so. Es ist aus Sicht der Mehrheit der GPK möglich, ohne allzu gravierende Auswirkungen das Projekt im Moment zu verschieben. Das macht aus zwei Gründen Sinn. Einerseits ist im Moment die Unsicherheit bezüglich der ganzen Coronageschichte sehr gross, und die wird sich verflüchtigt haben, wenn wir das nächste Jahr wieder über den Investitionsplan reden. Dann kann man bessere Annahmen treffen, wie sich die Zukunft entwickeln wird.

Weiter haben wir vom Gemeindepräsidenten gehört, dass kein Raumproblem besteht. Unbekannt sind die Investitionen, die nötig werden, um in den Palazzine weiterzumachen. Andererseits ist zu sagen, dass praktisch alle Schüler von Horw schon in den Palazzine gelebt haben und das offensichtlich gut gegangen ist und nicht zu grösserer

Rita Wyss (L20)

Markus Bider (CVP)

Rita Wyss (L20)

Ueli Nussbaum (FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Markus Bider (CVP)

Kritik von irgendeiner Seite geführt hat. Es ist also nicht so, dass wir die Bildung vernachlässigen, wenn wir das jetzt verschieben, sondern wir treffen eine vernünftige Entscheidung in Bezug auf unseren Finanzhaushalt.

Nutzen wir die Zeit. Wenn wir jetzt das Projekt verschieben, dann ist es nicht gestorben, es ist weiterhin im Plan. Wir haben aber ein Jahr Zeit, die weitere Wirtschaftslage zu beobachten und allenfalls auch ein Jahr Zeit, die Alternative in der Palazzine mit einem Preisschild zu versehen, damit man dann entscheiden kann, was das geringere Übel ist. Eine Verletzung der Finanzstrategie oder ein bisschen weniger optimal renoviertes Schulhaus. In dem Sinn bitte ich Sie folgendem Antrag auf Bemerkung der GPK zuzustimmen: «Die Positionen zur Planung, Projektierung und Umsetzung der Sanierung Schulhaus Allmend sollen um fünf Jahre verschoben werden.»

Wir haben im Schulhaus Allmend steigende Schülerzahlen, die 2026 ihren Peak erreichen. Dann wird das Raumangebot sehr knapp sein. Auch im Bereich Familie plus haben wir wachsende Belegungen, d. h. einen wachsenden Raumbedarf. Eine Verschiebung um ein Jahr ist kein Problem, aber so weit nach hinten schieben, dann müsste man die Palazzine nachbessern. Bis jetzt wurde darin Schule gegeben, aber an und für sich sind die im Sommer zu warm. Man müsste tüchtig nachrüsten. Wir haben schon Klimageräte eingebaut, aber das müsste man beim zweiten Teil auch noch machen. Das ist auch eine Variante, aber das ist aus meiner Sicht nicht die nachhaltige Linie, die ich bei der Gemeinde Horw gerne vertreten würde.

Jörg Stalder (L20)

Herr Stalder, besten Dank für Ihre Ausführungen. Diese stehen ein wenig im Gegensatz zu dem, was wir vom Gemeindepräsidenten gehört haben. Ich gehe davon aus, dass er als Schulvorsteher weiss, wie das Raumprogramm sein muss.

Markus Bider (CVP)

Sie haben das Wort «Peak» erwähnt und wenn ich das höre, frage ich mich erst recht, ob die Planung wirklich die richtige ist. Ein Peak bedeutet, dass es anschliessend wieder nach unten geht. Wenn wir das Schulhaus mit einem grossen Platzbedarf grad auf den Peak in Betrieb nehmen, haben wir nachher ein zu grosses Schulhaus. Das ist aus meiner Sicht ein weiteres Argument, um eine Denkpause einzulegen.

Auch bezüglich der Verschiebung haben Sie mir nicht vollständig zugehört, Herr Stalder. Die Verschiebung um fünf Jahre ist dieses Jahr ein Vorschlag. Wenn man nächstes Jahr sieht, dass man es auch früher bringen kann, hat niemand etwas dagegen. Im Moment haben wir aber nach Meinung des Rates nicht die nötigen Mittel, um das so zu planen, wie es im Investitionsprogramm steht.

Im Eintreten habe ich erwähnt, dass die CVP-Fraktion dem Antrag der GPK auf Verschiebung des Projekts beipflichten wird. Jetzt, wo ich die unterschiedlichen Statements des Gemeinderates gehört habe, verstärkt das meinen Entschluss und ich denke, es wäre gut, wenn jetzt der Gemeinderat sagen würde, wieviel Platz wir haben und wieviel Platz wir brauchen, damit wir eine vernünftige Entscheidung aufgrund von Tatsachen treffen können und nicht einfach aufgrund von Meinungen.

Ivan Studer (CVP)

Ich bitte Sie, dem Antrag der GPK zuzustimmen und wenn sich der Finanzhaushalt viel besser entwickelt als geplant, haben wir immer noch die Möglichkeit, das Projekt wieder vorzuziehen.

Ich möchte noch einmal meine Aussage bekräftigen, die ich Ihnen auf die Anfrage der GSK erläutert habe und daran festhalten, dass aus Sicht der Schule das Raumangebot in der Palazzine genügend ist, auch um den Peak abzudecken. Noch einmal: Wie gross die Investitionen in die Palazzine sein werden, kommt auf die Anforderungen an. Wir haben schon einmal gehört, dass andere schulrelevante Institutionen, wie das Oberstufenschulhaus, das Schulhaus Spitz und andere Schulhäuser ihren Unterricht dort tipp-topp abhalten konnten. Ich gehe deshalb davon aus, dass man die Palazzine auch für das Schulhaus Allmend zur Verfügung stellen könnte.

Ruedi Burkard (FDP)

Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen, auch wenn es jetzt nur um eine Verschiebung geht und nicht um das Ziel, das Projekt zu kippen. Auf mich wirkt das relativ komisch, wenn man jetzt sagt, es sieht finanzmässig nicht so ganz rosig aus, also schieben wir die Sanierung bei dem Schulhaus, das eine Sanierung eigentlich am meisten nötig hätte, dem Schulhaus, das in der Gemeinde auch nicht so einen guten Ruf hat, sowohl bei den Eltern als auch den Kindern, fünf Jahre nach hinten. Dies, obwohl das schon eine jahrelange Pendenz ist und es notwendig wäre, dort vorwärts zu machen. Ich habe auch schon von Leuten, die dort ein Praktikum gemacht haben, gehört, dass die Bedingungen des Schulhauses für Erstaunen gesorgt haben. Es wäre falsch, die Pendenz weiter zu verschieben. Wir würden gegenüber den Eltern und der Schülerschaft ein schlechtes Signal aussenden, wenn wir die Sanierung fünf Jahre nach hinten schieben.

Jonas Heeb (L20)

Klar, kann man mit den Palazzine überbrücken, aber schlussendlich heisst es, dass die Palazzine «genügend» sind und genügend heisst in dem Zusammenhang «relativ unbefriedigend». Darum bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Für mich ist wichtig zu wissen, warum die Verschiebung um fünf Jahre beantragt wird. Ich glaube der Ursprung war, dass man mehr Zeit hat, die finanzielle Situation zu beobachten, um allenfalls reagieren und das Projekt nach vorne oder hinten verschieben zu können. Im Eintreten der BVK habe ich gesagt, dass man so viel investieren soll wie man sich leisten kann. Wenn man das Projekt fünf Jahre verschiebt, aber jährlich analysiert, ob man es allenfalls wieder vorziehen kann, dann könnte ich mich damit einverstanden erklären. Angesichts der Situation, die man im Sommer und im Winter in den Palazzine hat, ist es nicht so, dass man in dem Schulhaus nicht auch noch fünf Jahre länger Schulunterricht geben könnte. Wenn im extremsten Fall das Finanzszenario «Stress» eintrifft, kann es wirklich fünf Jahre hinausgeschoben werden, die Sanierung soll aber auch wieder vorgezogen werden können, wenn die finanzielle Situation das erlaubt.

Jürg Biese (L20)

In Bezug auf die Finanzen kann ich bestätigen, was mein Vorredner gesagt hat. Sie haben vorhin die Finanzstrategie verabschiedet und festgelegt, was im Durchschnitt pro Jahr in der allgemeinen Verwaltung und den Spezialfinanzierungen ausgegeben werden kann. So wie es jetzt vorliegt, ist die Vorgabe nicht einzuhalten, das hat der GPK-Präsident richtig gesagt. Wenn das Projekt verschoben wird, kann die Vorgabe eingehalten werden.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ich möchte Ihnen auch beliebt machen, den Antrag abzulehnen. Wir haben eine riesige, neue Überbauung im Gebiet «horw mitte» und dann haben wir für die Personen, die mit ihren Kindern dort hinziehen, die Palazzine zum Unterrichten. Irgendwie geht das auch nicht auf.

Pia Koefoed (L20)

Es wurde viel über Investitionen gesagt und wie Sie von den Fraktionen der FDP und der SVP gehört haben, ist wirklich viel gegangen. Wir haben gerade heute die Schlussabrechnung für das Schulhaus Mattli in Kastanienbaum genehmigt. Sie erinnern sich alle an das grosse Projekt der letzten beiden Legislaturen mit dem grossartigen, aber auch sehr investitionsträchtigen Schulhaus Zentrum. Aber die Zeiten ändern sich, wir hatten jetzt wirklich gute Jahre und es wurde mehrfach betont, dass auf Horw finanziell schwierige Jahre zukommen. Diesem Zeitgeist müssen wir uns stellen. Es gilt ernsthaft, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen und es ist unsere Aufgabe, diese Triage wahrzunehmen.

Reto von Glutz (SVP)

Die GPK hat sich sehr lange und intensiv mit der grossen Investition beschäftigt und es ist jetzt der Zeitpunkt, sorgfaltshalber die Positionen zu verschieben, zumal wir ja die Chance haben, wieder darauf zurückzukommen. Folgen Sie darum bitte dem Antrag der GPK.

Ich habe noch folgende Überlegung gemacht. Wieso wird das Investitionsprogramm in dem Zustand, in dem es heute ist und bei dem die Vorgaben der Finanzstrategie nicht eingehalten werden, vorgelegt? Schliesslich haben die Parteien, die dem Antrag der GPK zustimmen würden, die Mehrheit im Gemeinderat.

Lukas Bucher (L20)

Weiter habe ich mich in der Interpellationen Nr. 2017-671 von Mario Schenkel, FDP, zur Schulraumplanung schlaue gemacht. Auf die Frage, ob die Palazzine als Schulraum fest eingeplant werden, war die Antwort, dass das nicht so ist, sie aber weiterhin während Sanierungen von Schulhäusern gebraucht würden und auch zur Deckung von einem gewissen Überhang. Hier sprechen wir aber nicht von einem Überhang, sondern es wird einfach nicht saniert und nicht während der Sanierung die Palazzine genutzt. Dafür sind sie schliesslich vor immerhin schon sechs Jahren das erste Mal aufgestellt worden, nämlich zur Sanierung des Gemeindehauses und anschliessend des Oberstufenschulhauses und allen weiteren Schulhäusern.

Das ist korrekt und an der Aussage halten wir nach wie vor fest. Die Palazzine sind nicht fest eingeplant als dauerhafte Lösung für Schulraum. Das machen wir auch jetzt nicht, aber ausserordentliche Situationen verlangen auch ausserordentliche Massnahmen und die haben wir jetzt. Wir können nicht einfach ins Blaue hinaus investieren, das geht einfach nicht. Also planen wir lieber im Voraus und verschieben gewisse Investitionen nach hinten. Wir sind ja Gott sei Dank in der Lage, dass wir den benötigten Schulraum in den Provisorien zur Verfügung stellen können.

Ruedi Burkard (FDP)

Und noch einmal: Wenn es die Finanzsituation zulässt, bin ich der letzte, der sich dagegen wehrt, den Ergänzungsbau zu realisieren. Ich möchte klar deklarieren, dass es keine Sanierung des Schulhauses Allmend ist, denn der bestehende Bau ist saniert. Es geht um einen Ergänzungsbau, der den zusätzlich benötigten Schulraum sowie die Räume für die Tagesstrukturen abdecken soll. Die Planung ist gemacht, die Frage ist nur, auf welchem Zeitstrahl die Investitionen getätigt werden. Ich kann nur sagen, dass der Schulraumbedarf mit dem Provisorium abgedeckt ist.

Herr Burkard, Sie haben gesagt, dass der Schulraumbedarf nur mit den Palazzine abgedeckt ist. Das kann stimmen zum zweiten Teil meines Votums. Zum ersten Teil habe ich nichts gehört. Wieso wird uns das Investitionsprogramm so vorgelegt, dass die Vorgaben nicht eingehalten werden?

Lukas Bucher (L20)

Den Namen «Sanierung» habe ich nicht aus der Luft gegriffen, es steht 1:1 im Investitionsprogramm, dass das Projekt so benannt ist. Man müsste sich vielleicht zuerst überlegen, wie man seine Projekte nennt, damit nicht plötzlich eine Sanierung zu einem Ersatzneubau wird.

Noch ein Wort zu Herrn Bucher im Zusammenhang mit dem Investitionsplan. Es ist unterdessen natürlich eine politische Diskussion gelaufen. Der Gemeinderat war ursprünglich der Meinung, dass das so verträglich ist, zumal man gesagt hat, dass wahrscheinlich nicht in jedem Jahr genau das investiert wird, was man geplant hat. Das hat die Vergangenheit auch gezeigt.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Unterdessen war die Finanzstrategie bei der GPK und Sie wissen, dass die Kommission damit geliebäugelt hat, die Finanzstrategie für den Gemeinderat verpflichtend festzulegen, z. B. in einem Reglement. Dagegen habe ich mich gewehrt, weil ich gesagt habe, dass wir in der Regel die Versprechen einhalten, die wir gegenüber dem Parlament abgeben. Darum war dann auch der Vorschlag mit dem Reglement vom Tisch. Aber wir haben natürlich die Botschaft der GPK gehört, in der eine Mehrheit gesagt hat, dass sie eine Verschiebung der Investition möchte. Gegen diese Mehrheit stellen wir uns nicht. Die GPK hatte gute Gründe, warum sie gesagt hat, sie will es verschieben und es gibt auch gute Gründe, warum man es nicht verschieben sollte. Aber die Mehrheit der Kommission sah anders aus und dem fügt sich der Gemeinderat. Darum weicht die Stellungnahme des Gemeinderats ab von dem, was im Investitionsplan steht.

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Die Positionen zur Planung, Projektierung und Umsetzung der Sanierung Schulhaus Allmend sollen um fünf Jahre verschoben werden.»

Rita Wyss (L20)

**Dem Antrag wird 17:7 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.**

**9 Investitionen Leistungsgruppe Siedlungsentwässerung**

Es geht beim nächsten Antrag der GPK um die Behandlung der Einnahmen in den Spezialfinanzierungen. Die Einnahmen aus Anschlussgebühren wurden aus dem Investitionsprogramm herausgenommen. Die GPK ist aber der Auffassung, dass das nicht unbedingt zweckmässig ist, denn wenn wir das Investitionsprogramm anschauen, sollten wir die Nettoinvestitionen vor Augen haben und darum ist es wichtig, sich ein Bild darüber zu verschaffen, wo es Einnahmen gibt. Diese wurden für den Zeitraum auf 1 Mio. Franken pro Jahr veranschlagt und wir stellen den Antrag, dass man zukünftig die Nettoinvestitionen anschaut und nicht nur die Investitionsausgaben.

Markus Bider (CVP)

Eine weitere Bemerkung: Wenn man die 7-8 Mio. Franken zusammenzählt mit der Verschiebung, die wir vorhin beim Schulhaus Allmend gemacht haben, kommen wir mehr oder weniger auf den Betrag, um den das jetzige Investitionsprogramm im Vergleich zur Vorgabe zu hoch ist.

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Die Einnahmen aus Anschlussgebühren (ca. 1 Mio. Franken pro Jahr) sollen im Investitionsprogramm als Einnahmen ausgewiesen werden. Sie sind für eine Betrachtung des Cashflows aus Investitionen relevant.»

Rita Wyss (L20)

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**11 Investitionen Leistungsgruppe Portfolio Liegenschaften Verwaltungsvermögen**

Wie ich schon im Eintreten gesagt habe, möchte die FDP auch helfen, damit die Finanzstrategie sinnvoll aussieht. Wir stellen darum den Antrag, die Ausführung des Studienauftrags «Friedhof» auf die Jahre 2025-2027 zu verschieben. Auch bei diesem Projekt ist es nicht so, dass wir das nicht machen möchten, wir möchten aber Druck aus der Finanzstrategie nehmen, indem man das nach hinten verschiebt und dann schaut, wie das in ein, zwei oder drei Jahren aussieht und es dann später umsetzen.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Mich würde interessieren, was in den Beträgen von total 870'000 Franken enthalten ist. Der Friedhof sieht im Moment katastrophal aus, aber wenn man es nach hinten schieben kann, weil die Investitionen nicht nötig sind, bin ich sofort dafür. Aber im Moment sieht es wirklich sehr schlimm aus und ich möchte zuerst gerne wissen, was wir für den Betrag bekommen. Ist es mehr eine Statistik, Planung oder diverse Papiere oder kann man konkret etwas machen, das einerseits die Sicherheit des Friedhofs verbessert, seien das Stolperfallen oder optische Sachen? Ein Friedhof sollte in einem gewissen Mass auch ein Aussehen haben und Sicherheit bieten. Darum möchte ich sehr konkret wissen, in was investiert wird.

Reto Eberhard (SVP)

Der Friedhof Horw hat eine schöne Grundanlage, die in den 1980er-Jahren von einem bekannten Friedhofsplaner gebaut wurde. Die Anlage wurde damals auf viel mehr Erdbestattungen ausgelegt, was im Moment rückläufig ist, denn es werden mehr alternative Bestattungsformen gesucht.

Jörg Stalder (L20)

Wir möchten bei dem Friedhof gerne das Angebot von Bestattungsformen erweitern und die ganz Gestaltung des Friedhofs einem Plan unterlegen. Sie sehen die gestaffelten Investitionen, weil man das nicht alles auf einmal ausführen will. Längerfristig soll bei dem Friedhof wieder ein einheitliches Bild entstehen, und in den nächsten Monaten werden wir mit der Planung starten. Das Ziel daraus ist ein Bericht und Antrag, den Sie beraten und dazu Stellung nehmen können. Anschliessend möchten wir daraus etwas umsetzen. Wenn Sie die Investitionen verschieben möchten, können Sie das machen, ich möchte aber beliebt machen, zumindest den ersten Teil für 2021 stehenzulassen und dann kann man mit den B+A diskutieren, in welchen Tempo das weitergehen soll.

Die Erklärungen von Herrn Stalder machen ein Stück weit Sinn, aber wenn der Bericht und Antrag kommt, sehen wir nur noch den B+A und nicht mehr den ganzen Kontext zum Investitionsprogramm. Ich finde es wichtig, dass im Zusammenhang mit allen anderen Investitionen zu sehen und nicht nur den B+A. Wenn der dann kommt, ist es einfach, das zu überweisen und dann wird es umgesetzt. Wir möchten die Finanzstrategie auf die Rolle bringen und darum ist es wichtig, dass wir solche Sachen jetzt entscheiden.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Für den Vorschlag von Herrn Stalder, die erste Tranche zu belassen damit man organisieren kann – wobei man schon relativ lange am Organisieren ist – habe ich durchaus Verständnis. Ich möchte aber einmal konkrete Sachen sehen, und vielleicht könnte man bei dem Antrag einfließen lassen, dass man die 120'000 Franken lässt und die 3 x 250'000 Franken verschiebt, damit die Ressourcen erst dann gebraucht werden, wenn man sie wirklich braucht und man auch sieht, was die Massnahmen beinhalten. Ich bin nicht dafür, einfach nur Geld auszugeben, aber dass gewissen Sachen etwas kosten, ist allen klar.

Reto Eberhard (SVP)

Die 120'000 Franken geben wir ja schon dieses Jahr aus, wir können nur den Rest nach hinten verschieben.

Ueli Nussbaum (FDP)

Mit der ersten Tranche meine ich die 250'000 Franken für das Jahr 2021. Die 120'000 Franken sind für das Studienverfahren und den Masterplan, und nachher möchten wir dann die konkretesten Sachen umsetzen. Es geht also darum, das etwas «luftiger» in den Finanzplan zu schreiben, wobei wir ja vorhin von Herrn Bider gehört haben, dass wir eigentlich die Ziellinie schon erreicht haben und jetzt da eigentlich in der Kür sind.

Jörg Stalder (L20)

Es ist mir klar, dass 120'000 Franken schon in diesem Jahr ausgegeben werden, aber dann können Sie ja vielleicht ein paar konkrete Sachen nennen.

Reto Eberhard (SVP)

Ich kann Ihnen noch nichts Konkretes sagen, wir sind erst am Anfang des Prozesses. Es ist aber so, dass im letzten Jahr Bäume weggenommen wurden und dadurch eine räumliche Lücke entstanden ist. Die räumliche Fassung, die da sein sollte, ist nicht mehr vorhanden und das sollte man relativ schnell wieder in Ordnung bringen. Darum bitte ich Sie, zumindest die erste Tranche von 250'000 Franken im Jahr 2021 stehenzulassen, damit man die Möglichkeit hat, auch etwas umzusetzen wenn der Plan erstellt wurde.

Jörg Stalder (L20)

Wir haben einen Studienauftrag, der 2020 durchgeführt wird und wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es einen B+A. Aus meiner Sicht könnte man jetzt ohne Not die drei Tranchen von 2021-2023 nach hinten verschieben. Ich glaube nicht, dass die Investitionen jetzt schon dringend notwendig sind. Wir haben den Hintergrund im Verlauf des heutigen Abends schon mehrmals gehört, und zwar dass wir schauen müssen, was dringend nötig ist und den Rest nach hinten verschieben können. Ich mache beliebt, unserem Antrag zuzustimmen.

Stefan Maissen (FDP)

Wir reden immer von Ausgaben, aber bei einem Friedhof kann man mit neuen Bestattungsmöglichkeiten, wie Baumfriedhof oder Blumenwiese auch Einnahmen generieren.

Pia Koefoed (L20)

Selbstverständlich kann man das machen, aber jetzt ist einmal die Planung gemacht und dann wird ein B+A kommen und ich gehe davon aus, darin werden auch die Sachen aufgeführt, die man einnimmt und nicht nur die Ausgaben. Tatsache ist, dass wir das Projekt um drei Jahre nach hinten verschieben und auf den B+A warten wollen. Dann können wir immer noch anders entscheiden. Jetzt geht es darum, in dem Investitionsprogramm ein wenig Luft zu machen und was wir finanziell verkraften, können wir immer wieder jedes Jahr im Budget aufnehmen. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der FDP, die Umsetzung des Studienauftrags des Friedhofs auf die Jahre 2025-2027 zu verschieben.

Rita Wyss (L20)

**Dem Antrag wird mit 15:12 Stimmen zugestimmt.**

**Abstimmung Beschluss:**

**Das Investitionsprogramm 2021 – 2027 mit Finanzplanung wird mit 20:7 Stimmen zur Kenntnis genommen.**

## **6. Bericht Präsidium Geschäftsprüfungskommission**

Die GPK war im vergangenen Jahr durch die Umstellung auf HRM2 und Globalbudgets weiterhin stark gefordert. Das hat sich auch in einigen sehr intensiven und langen Sitzungen manifestiert. In der ganzen Legislatur war die GPK zeitlich deutlich stärker belastet als die anderen Kommissionen. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen für die hohe Leistungsbereitschaft. Jetzt ist die Umstellung auf HRM2 und Globalbudgets im Prinzip abgeschlossen. Wie nach jedem grossen Projekt fallen jetzt in der neuen Legislatur noch ein paar Reparaturarbeiten an, u. a. wird es darum gehen, die Kennzahlen im Hinblick auf die strategische Relevanz fokussiert und vereinfacht darzustellen. Es wird sich dann zeigen, dass es weiterhin in der Natur der Sache liegt, dass verschiedene politische Parteien verschiedene Vorstellungen von strategischer Relevanz haben. Demgemäss bin ich gespannt, ob eine Verschlinkung möglich sein wird; wünschenswert wäre sie unbedingt.

Markus Bider (CVP)

Als abgewählter Einwohnerrat gestatte ich mir in meinem letzten Votum eine Anregung im Zusammenhang mit der Sitzungskadenz der GPK, die sich fast nur ein Abtretender erlauben kann. Die Sitzungsgelder der einwohnerrätlichen Kommissionsmitglieder und auch des Einwohnerrats selbst sind seit vielen Jahre nicht angepasst worden. Sie stehen im Prinzip nicht in einer vernünftigen Relation zur Kenntnis und dem Verantwortungsbewusstsein wie auch der Flexibilität, die vom Amt eines Parlamentariers verlangt wird und die das Volk voraussetzen darf. Aus meiner Sicht könnte die Anpassung der Sitzungsgelder ein Ziel für die nächste Legislatur von irgendjemandem werden.

Aus persönlicher Sicht bedanke ich mich bei dem Rat, dass ich für fast zwei Legislaturen das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission übernehmen durfte. Ich habe die Aufgabe sehr geschätzt und dabei auch viele, für meine berufliche Zukunft relevante Erfahrungen gesammelt.

### **7. Postulat Nr. 2020-706 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Evaluierung Kulturzentrum im Bereich Ziegelei bei ehemaliger Transportbahn und Lagerhalle**

Horw wächst und soll auch mittel- bis langfristig seine verschiedenen Infrastrukturen aktuell halten. Eine Alternative oder Ergänzung zur Zwischenbühne macht aktuell durchaus Sinn. Kürzlich konnte man erfahren, dass die Papiermühle ihr Grundstück gesplittet hat und die Zwischenbühne unterdessen ein eigenes Grundstück hat. Was die Genossenschaft Papiermühle plant, ist nicht bekannt.

Urs Rölli (FDP)

Mit dem Campus erhalten wir einen Bevölkerungsmix, der entsprechende Infrastrukturen sucht. Das Ziel ist, langfristig zu planen und nicht nur kurzfristig für die nächsten drei Jahre etwas auf die Beine zu stellen.

Die Zwischenbühne, die relativ bescheiden und sehr eng ist, soll kein Konkurrenzobjekt sein. Der Theaterpavillon in der Stadt Luzern zeigt zum Beispiel, wie ein multifunktionaler Raum gestaltet werden kann. So ein Objekt würde auch die Attraktivität der Gemeinde Horw fördern. Der Standort bei der Ziegelei weist verschiedene Vorteile auf, und zwar einerseits die Nähe zum Campus aber auch zum Bahnhof Horw und er liegt auch gerade noch so am Anschluss von dem kleinen Industriegebiet, das es in Horw noch gibt. Andererseits kann so eine geschichtsträchtige Epoche, möglicherweise in Form einer Immobilie, für Horw erhalten bleiben. Die «Backsteine» sind verschiedentlich in Horw verankert, sei es beim Gemeindehaus oder bei der Überbauung Rosenfeld. Weiter gibt es noch mögliche Veränderungen bezüglich Bauzonen, auch aufgrund der Vorgaben des Kantons per 2023. Da wären sicher Möglichkeiten, rechtzeitig mit dem Grundstückbesitzer darüber zu diskutieren, ob er dafür Hand bieten würde.

Ich würde mich freuen, wenn der Gemeinderat das Postulat zur Prüfung entgegennehmen und das Anliegen prüfen würde.

Ich möchte vorausschicken, dass der Gemeinderat das Postulat nicht in dem Sinn versteht, eine Konkurrenz zur Zwischenbühne zu prüfen, sondern wir haben es so verstanden, dass Sie einen alternativen Standort eines Kulturhauses geprüft haben wollen. Die Argumente, die Sie dargelegt haben, sind für den Gemeinderat schlüssig, so dass es sich lohnt, einen alternativen Standort zumindest zu prüfen. So ein alternativer Standort würde es allenfalls auch erlauben, das Kulturangebot von Horw auszubauen.

Ruedi Burkard (FDP)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ich habe eine Frage an den Postulanten.

Ivan Studer (CVP)

Wir haben praktisch den ganzen Abend über die Investitionsplanung, die Finanzstrategie und die Verschiebung von Investitionen diskutiert. Welche Gedanken haben Sie sich bezüglich der Finanzierung von so einem zweiten bzw. alternativen Standort gemacht?

Grundsätzlich geht es einmal darum, ob man so etwas ins Auge fassen möchte und ob der Grundstückseigentümer überhaupt bereit ist. In einem zweiten Schritt würde es darum gehen, was so ein Objekt kostet und ob es durch die Gemeinde selbst getragen werden muss oder ob es, wie bei der Genossenschaft Papiermühle, eine alternative Investitionsform gibt. 2021 sollten die drei ersten Häuser der Ziegelei in Betrieb genommen werden. Die weiteren Etappen werden sich bis 2025, 2026 oder sogar 2027 hinziehen. Wenn man das jetzt anschauen würde, hat der Gemeinderat Zeit, das rechtzeitig in der Investitionsplanung aufzunehmen, sofern sich der Gemeinderat für eine eigene Immobilie entscheidet. Je nachdem gibt es aber vielleicht auch eine Alternative. Ich möchte dem Gemeinderat da keine Vorgaben machen, sondern den Spielraum offenlassen und die Vorschläge und Möglichkeiten abwarten. Der erste Punkt ist sowieso, ob der Standpunkt überhaupt in Frage kommt und der jetzige Besitzer in irgendeiner Form überhaupt bereit ist, auf so etwas einzugehen.

Urs Rölli (FDP)

### **8. Postulat Nr. 2020-707 von Reto Eberhard, SVP, und Mitunterzeichnenden: Für eine bessere Übersicht und Sicherheit auf der Kantonsstrasse**

Bei dem Postulat geht es primär darum, die Sicherheit auf der Kantonsstrasse zu verbessern. Besorgte Eltern konnten mehrfach verschiedene Situationen feststellen, die bedenklich waren. Ein Fussgängerstreifen schafft immer Sicherheit. Er ist auch klar im internationalen Standard, d. h. die Form ist gleich, auch wenn die Farbe in Italien z. B. weiss ist. Auch eine grüne Fläche, die wir jetzt auf der Kantonsstrasse haben, hilft eigentlich niemandem, sie verunsichert eher noch. Es mag sein, dass die einen, die in Horw wohnen, mittlerweile wissen, dass das ein Fussgängerübergang sein soll, das ist aber weder rechtlich ein Fussgängerstreifen noch sonst irgendwie verbindlich. Auswärtige verstehen nicht, was die grüne Fläche soll. Die einen halten an, andere nicht. Ein Fussgängerstreifen würde da doch einiges abhelfen, auch schon, wenn die Fläche gelb statt grün wäre, das würde einem Fussgängerstreifen ähnlicher sehen.

Reto Eberhard (SVP)

Es geht auch um die Sicherheit und dass es zwischen den Schulhäusern, namentlich Hofmatt, das gleich eine Häuserreihe obendran ist, und das Allmend grad untendran, einen Fussgängerstreifen gibt und die Schüler wissen, dass sie da über die Strasse laufen können. Nicht zuletzt die Automobilisten wissen dann, dass dort ein Fussgängerstreifen ist und sie anhalten müssen.

Die Verunsicherung ist im Moment sehr gross, einerseits von den Fussgängern, aber auch andererseits von den Automobilisten. Es gibt Situationen, bei denen Autos anhalten und der Fussgänger sagt Nein, ich muss nicht über die Strasse, ich stehe einfach hier, und es gibt wiederum Leute mit Kinderwagen, die warten und warten, aber nicht über die Strasse können, weil sie niemand überqueren lässt. Ein Fussgängerstreifen wäre für alle verbindlicher, sicherer und klarer. In dem Sinn bitte ich Sie, gerade auch für die Schüler, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Es ist mir durchaus klar, dass es nur ein Prüfen ist, aber ich wäre froh, wenn Sie das machen und entsprechend umsetzen. Besten Dank.

Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab. Das Anliegen ist nicht neu und wir haben das schon mehrfach geprüft, so auch jetzt wieder. Ich werde das aus Sicht der Zuständigkeit und aus Sicht der praktischen Umsetzbarkeit beleuchten und Ihnen am Schluss noch eine Alternative aufzeigen. Man muss aber schon sagen, dass das System, wie wir es auf der Kantonsstrasse haben, seit etwa 14 Jahren besteht und sich eigentlich nicht viel verändert hat, ausser dass der Verkehr ein wenig zugenommen hat. Es hat sich aber nichts Grundlegendes verändert, dass es heute schwieriger macht, die Strasse zu überqueren als vor drei, vier oder fünf Jahren.

Wir haben hin und wieder Reklamationen und die Situation ist vielleicht für gewisse Leute nicht befriedigend, aber es gibt eigentlich keine bessere Lösung, ausser vielleicht die Alternative, die ich Ihnen am Schluss aufzeige.

Im Unterschied zur Stadt Luzern hat die Gemeinde Horw nie die Signalisierungshoheit gehabt. Mit der Aufgaben- und Finanzreform hat sich das sowieso geändert, seit deren Inkrafttreten ist der Kanton zuständig für Kantonsstrassen und auch für Gemeindestrassen 1. Klasse. Unsere Kantonsstrasse ist keine Kantons-, sondern eine Gemeindestrasse 1. Klasse. Damit sagt der Kanton, wie wir auf der Strasse signalisieren müssen. Es ist auch kein Geheimnis, dass der Kanton keinen Fussgängerstreifen bewilligen würde. Wir haben auch wieder nachgefragt, aber an der Stellungnahme hat sich nichts geändert. Ab und zu wurden in Tempo 30-Zonen Fussgängerstreifen nicht entfernt, aber wir konnten nie einen neuen aufmalen. In unseren Projekten haben wir sie meistens entfernt und das dann einfach nicht umgesetzt. Von der Zuständigkeit her werden wir keine Bewilligung für einen Fussgängerstreifen erhalten.

Das zweite ist die praktische Umsetzbarkeit. Wenn Sie die Strasse anschauen, Herr Eberhard, müssen auch Sie zu dem Schluss kommen, dass wenn Sie im Bereich der Wegscheide einen Fussgängerstreifen machen wollen, dieser zweifellos unter der Bushaltestelle sein wird. Anders gesagt, der Bus muss darauf anhalten und das funktioniert in der Praxis nicht. Wenn Sie im Bereich der grünen Fläche einen Fussgängerstreifen machen wollen, müssen Sie die Längsparkplätze bei der Bäckerei Moos und der Fa. Bucher aufheben, sonst stimmen die Sichtverhältnisse nicht. Wenn Sie sich zurückerinnern, war die Gestaltung der Strasse nicht ganz problemlos, sondern es war ein feines Austarieren zwischen allen Interessen nötig, damit man es so bauen konnte. Es war auch ein Thema, Tempo 20 zu machen, aber das war nie mehrheitsfähig. Darum ist es schwierig, dort eingreifen zu wollen, es war auch ein Versprechen an das Gewerbe, die Mittelparkierung zu machen und die Längsparkierung zu schaffen. Wenn Sie weitergehen zur Raiffeisenbank, haben wir fast das gleiche Problem wie bei der Wegscheide. Auch dort müsste der Bus auf dem Fussgängerstreifen halten und das geht eben nicht. Im Bereich vom Merkur, wo ein Fussgängerstreifen war und aufgehoben wurde, sind schlechte Sichtverhältnisse, wenn man um den Kreisel fährt. Es ist also auch von der praktischen Umsetzbarkeit her schwierig. Wenn wir einen Fussgängerstreifen machen würden, müsste dieser benutzt werden in einem Umkreis von 50 Metern. Das würde gerade knapp gehen, wenn man ihn irgendwo bei der grünen Fläche anbringen würde, damit man bei der Wegscheide und der Raiffeisenbank nicht auf den Fussgängerstreifen müsste. Wenn man das müsste, könnte man die Mittelparkierung nicht mehr brauchen, ausser man würde illegalerweise die Strasse überqueren. Ein Fussgängerstreifen kommt also auch nicht in Frage, weil man das praktisch nicht umsetzen kann.

Es gibt aber eine Alternative. Man könnte ein neues Postulat einreichen und uns bitten, eine Begegnungszone zu prüfen, das würde Tempo 20 bedeuten und heissen, dass Fussgänger Vortritt haben. Man müsste dann allerdings klären, was für zusätzliche Massnahmen man treffen kann, damit die Strassensituation auch wirklich als Begegnungszone wahrgenommen wird. Es wird immer dann schwierig, wenn der Autofahrer das Gefühl hat, er sei in einem 50er- oder 80er-Bereich und es ist nur Tempo 30. Das ist nicht gut, denn jede Zone muss so erlebbar sein wie sie signalisiert ist.

Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass man unterscheiden muss zwischen der realen Sicherheit und der gefühlten Sicherheit. Ich bin der Meinung, dass die gefühlte Sicherheit sehr wichtig für die Lebensqualität ist. Man muss sich sicher fühlen. Aber wenn man die gefühlte Sicherheit erkauft, indem man die reale Sicherheit verringert, bin ich nicht mehr dabei, da setze ich auf die reale Sicherheit.

Vielen Dank für Ihre Ausführungen, ich möchte aber noch gerne ein paar Sachen anführen.

Reto Eberhard (SVP)

Sie haben gesagt, es wurde kein Fussgängerstreifen entfernt, beim Kreisel bei der AXA war vorher aber einer und der ist jetzt nicht mehr da, also wurde er entfernt. Dort sind jetzt zwei Fussabdrücke auf dem Trottoir. Es ist üblich, dass man im Bereich vom Kreisel Fussgängerstreifen hat, wie gesagt, dort war ja auch einer. Ich weiss nicht, ob man da nicht guten Willens trotzdem einen Fussgängerstreifen anbringen könnte. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Betreffend die grüne Fläche finde ich, wenn diese wenigstens gelb statt grün wäre, würde das auch eine Verbesserung bringen. Bei den anderen erwähnten Möglichkeiten für einen Fussgängerstreifen an der Wegscheide oder bei der Raiffeisenbank sagen Sie, das sei problematisch, wenn der Bus darauf halten muss. Ich nehme das so entgegen. Die Leute gehen ja meistens vor dem Bus über die Strasse, folglich fände ich einen Fussgängerstreifen dort keine schlechte Idee.

Vielleicht können Sie mir noch sagen, ob man die grüne Fläche nicht gelb färben könnte. Dann ist es zwar kein Fussgängerstreifen, aber für die Auswärtigen wäre es ein wenig ersichtlicher. Können Sie mir noch sagen, warum bei der AXA kein Fussgängerstreifen möglich ist?

Ich habe mich vielleicht nicht klar ausgedrückt. Überall, wo wir eine Tempo 30-Zone einführen, werden die Fussgängerstreifen grundsätzlich entfernt. Das müssen wir im Projekt so ausweisen, der Kanton verlangt das. Dort, wo wir es nicht gemacht haben, wurde es zwar im Projekt so aufgezeigt, wir haben den Fussgängerstreifen aber nicht weggenommen. Es gibt gewisse Ausnahmen, z. B. beim Schulhaus Hofmatt, wo es in der 30er-Zone fünf Fussgängerstreifen gibt.

Thomas Zemp (CVP)

Beim Haus Merkur haben wir den Fussgängerstreifen entfernt, weil die Sichtbeziehung schlecht ist, wenn jemand mit dem Auto um die Ecke fährt. Der Fussgänger hat Vortritt und kann, ohne zu schauen auf die Strasse laufen und der Autofahrer hätte einfach Pech, weil er ihn nicht gesehen hat. Dort unterscheide ich zwischen gefühlter und realer Sicherheit und darum haben wir den Fussgängerstreifen entfernt und die Fussabdrücke angebracht. Die Kinder wissen, dass sie dort stehen bleiben und schauen müssen und das funktioniert sehr gut. Die Eltern haben mehr ein Problem damit als die Kinder.

Bei der grünen Fläche sind wir, glaube ich, nicht frei. Es soll ja nicht so sein, dass diese so aussieht wie ein Fussgängerstreifen, aber keiner ist. Das würde auch dazu führen, dass man das Gefühl hat, man könne dort einfach die Strasse überqueren, ohne zu schauen. Die Fläche soll aber Aufmerksamkeit generieren und darum wurde sie damals grün gemacht. Ich werde aber einmal nachfragen, ob diese Fläche auch in einer anderen Farbe sein kann.

Gerade der letzte Punkt, Herr Zemp, spricht für die Überweisung des Postulats. Dann könnten Sie betreffend die Thematik «Farbe» die entsprechenden Abklärungen machen. Gleichzeitig hätten Sie die Möglichkeit, bezüglich Zuständigkeit, die beim Kanton liegt, in Zusammenarbeit und auf ausdrücklichen Antrag des Gemeinderates darauf hinzuwirken, dass die Sicherheitssituation im Zentrum verbessert wird.

Reto von Glutz (SVP)

Es hat durchaus Potenzial, den Vorstoss entgegenzunehmen und die Situation zu verbessern und darum beantrage ich dem Rat, gemäss dem Antrag von Herrn Eberhard, das Postulat zu überweisen.

Das Potenzial von dem Postulat ist nicht vorhanden, denn wir haben das schon mehrfach abgeklärt und auch bei diesem Postulat wieder mit dem Kanton gesprochen. Ich bin auch nicht sehr zuversichtlich, dass man für die grüne Fläche einfach eine andere Farbe nehmen kann. Es ist nicht im Sinn der Verkehrssignalisierung, dass jeder irgendwie signalisiert wie er will, sondern es gibt einfach gewisse Normen. Das Postulat fordert auch nicht, dass ich über die grüne Fläche nachdenke, sondern das Postulat fordert, dass ich Fussgängerstreifen anbringe und die werden sie nicht bekommen. Wir wissen, dass das nicht bewilligt wird.

Thomas Zemp (CVP)

Sie haben gesagt, dass man die Fussgängerstreifen rund um die Schulhäuser belassen hat. Gibt es eine Distanz, die um das Schulhaus vorhanden sein muss und wie hoch wäre diese? Wie gesagt, ist die Kantonsstrasse eine Häuserreihe unter dem Hofmatt und von der Allmend sind es etwa zwei Häuserreihen. Ich habe auch schon gehört, die Kantonsstrasse sei eine einzige Schulhauszone.

Reto Eberhard (SVP)

Eine Schulhauszone gibt es nicht, die haben Sie jetzt erfunden. Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen können Sie dort machen, wo ein sog. besonderes Bedürfnis nachgewiesen werden kann. Das kann sein im Bereich von Pflegeheimen oder Schulen usw., aber es ist nicht generell, dass man im Bereich einer Schule einen Fussgängerstreifen machen muss oder machen soll.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben auch noch das Postulat Nr. 2018-687 von Herrn Maissen, Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen, wo wir im Zusammenhang mit dem Richtplan «Velo- und Langsamverkehr» gesagt haben, dass wir das prüfen. Der Richtplan liegt jetzt auf und wir haben in den Bereichen der Schulhäuser keine Schwachstellen gefunden. Bei den meisten Schulhäusern haben wir bereits Fussgängerstreifen, ich weiss im Moment nicht, wo wir keinen haben.

Herr Zemp, Sie können sich erinnern, Sie selber haben einmal eine Motion eingereicht, die leider knapp abgelehnt wurde und die verlangt hat, dass die Gemeinde die Signalisierungshoheit über die eigenen Strassen bekommt, damit wir selber entscheiden können, wo wir Fussgängerstreifen möchten. Ist diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden oder müssen wir wieder einen Vorstoss einreichen?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Mit der Aufgaben- und Finanzreform wurde die Zuständigkeit geändert, auch die Stadt Luzern hat diese heute nicht mehr auf den Gemeindestrassen 1. Klasse. Heute liegt die Zuständigkeit für Kantonsstrassen und Gemeindestrassen 1. Klasse grundsätzlich beim Kanton.

Thomas Zemp (CVP)

Wenn ich jetzt die Diskussion im Rat höre ist relativ klar, dass dazumal, als man aus der eigentlich geplanten 20er-Zone eine 30er-Zone gemacht hat, der Fehler gemacht wurde. Wenn man heute die Sicherheit für die Schulkinder nur gewährleisten kann, wenn man eine Begegnungszone machen kann, würde ich Ihnen sehr ans Herz legen, dass sie eingeführt wird. Vor der Verkehrsberuhigung hatten wir täglich 12'000 Fahrzeuge auf der Strasse, heute ist man bei 10'000. Man ist also noch meilenweit davon entfernt, das Ziel zu erreichen. Wenn man mit dem Navi durch Horw fährt, wird einem neben der Umfahrungsstrasse auch angeboten, dass man durch das Zentrum von Horw fahren kann. Eine Beruhigung ist nur möglich, wenn wir die Kantonsstrasse in eine 20er-Zone umwandeln und dann können wir auch die Sicherheit von allen, die sich dort aufhalten, gewährleisten.

Charlotte Schwegler (L20)

Ich möchte mich als Vertreter des Gewerbevereins auch noch einschalten und sagen, dass wir uns entschieden gegen eine Begegnungszone wehren würden. Wir haben heute eine sehr gute Situation mit den Parkplätzen in der Mitte und den seitlichen Parkplätzen und ich weiss nicht, warum man jetzt plötzlich über die 20er-Zone diskutieren muss, nur weil es um die vielleicht nötigen oder eben nicht unbedingt nötigen Fussgängerstreifen geht.

Toni Portmann (CVP)

Wenn ich der Diskussion zuhöre und die Ausführungen von Herrn Zemp höre, muss ich sagen, dass das Postulat entgegengenommen und geprüft wurde. Ich frage mich, ob man das Postulat nicht entgegennemen und grad abschreiben sollte.

Roger Eichmann (CVP)

Herr Zemp, wäre es möglich, eine 20er-Zone zu machen, ohne die Parkplätze aufzuheben?

Pia Koefoed (L20)

Wir müssten einen Auftrag für eine sog. Verkehrsanalyse geben, in der geklärt würde, was die Voraussetzungen für eine Tempo 20-Zone wären. Es wird kaum damit gemacht sein, dass man einfach die Signalisierung ändert. Es ist eine relativ lange Strecke und sie besteht aus verschiedenen Abschnitten. Der Bereich mit der Mittelparkierung hat einen speziellen Charakter, das könnte ich mir noch vorstellen, aber ob das auch im mittleren Bereich gehen würde, wo wir eine normale Strassenführung haben, dort wird sich der Automobilist nicht per se wie in einer Tempo 20-Zone fühlen. Man müsste abwarten, was das Verkehrsgutachten ergeben würde, aber wäre natürlich immer noch die Frage, ob das politisch mehrheitsfähig ist.

Thomas Zemp (CVP)

Übrigens, Herr Eberhard, es gibt auch die Möglichkeit, ein Postulat zurückzuziehen, wenn man das möchte.

Ich stelle den Antrag, das Postulat zu überweisen und sofort abzuschreiben.

Roger Eichmann (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag von Roger Eichmann, CVP, das Postulat zu überweisen und sofort abzuschreiben.

Rita Wyss (L20)

**Dem Antrag wird mit 15:6 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, zugestimmt.**

**9. Postulat Nr. 2020-708 von Leo Camenzind, CVP, und Mitunterzeichnenden: Ersatzstandort für Spycher der Egli-Zunft**

Wir haben vor einem Monat ein Darlehen für den Tennisclub genehmigt, jetzt haben wir ein Postulat für einen wichtigen Verein in Horw. Es handelt sich nicht um einen Sportverein, sondern die Egli-Zunft ist kulturell und traditionell tätig. Sie ist sehr wichtig für die Fasnacht, denn ohne die Egli-Zunft wäre die Fasnacht nicht organisiert und würde nicht so reibungslos laufen. Auch die Chilbi im September ist ein wichtiger Punkt.

Leo Camenzind (CVP)

Die Egli-Zunft sucht seit Längerem einen neuen Standort für ihren Spycher. Der Spycher ist jedem bekannt und man kann ihn auch mieten. Von daher ist er auch ein wichtiger Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft bzw. der Gemeinde Horw.

Ich beantrage deshalb, folgende Standorte für den dauerhaften Verbleib des Spychers zu prüfen:

- Felmismoosweg,
- Roggern,
- Rank.

Ich danke für die Prüfung der Vorschläge und hoffe, damit eine gute und dauerhafte Lösung herbeizuführen.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Jörg Stalder (L20)

Es ist auch dem Gemeinderat ein Anliegen, dass die Egli-Zunft in Horw in ihrer sehr geschätzten Tätigkeit weiterhin wirken kann. Wir unterstützen das nach Kräften. Es ist aber so, dass das Baurecht, das der Spycher aktuell auf dem Grundstück der Kirchgemeinde hat, auf Ende 2021 gekündigt wurde und die Zunft einen neuen Standort suchen muss. Kurz nach dem Postulat ist ein Brief von der Egli-Zunft an den Gemeinderat eingegangen, in dem sie eine kleine Präzisierung zu den drei Standorten gemacht hat, und zwar ist für die Zunft primär der Standort im Seefeld attraktiv. Gleichzeitig bin ich mit dem Vizezunftmeister noch im Gespräch, dass man eine Variante bei dem Abluftbauwerk auf der Autobahn prüfen würde. Diese beiden Standorte werden aktuell geprüft.

Ich möchte nicht das Postulat in Frage stellen, aber erwähnen, dass es den Vorstoss eigentlich schon gibt. Wir haben am 29. März 2018 ein Postulat überwiesen, in dem es darum geht, Infrastrukturstandorte für Vereine zu prüfen. Darin sind alle genannten Flächen erwähnt und ich möchte gerne wissen, wie der Stand zu diesem Thema ist. Es geht darum, dass jetzt ein einzelner Verein einen Standort bekommt, aber es gibt auch noch andere Vereine, die einen Standort suchen.

Stefan Maissen (FDP)

Es ist speziell, wenn für einzelne Vereine Postulate eingereicht werden. Es ist hoch wichtig, dass alle Vereine in Horw die gleichen Bedingungen und Möglichkeiten haben.

Für den Standort auf dem Autobahndeckel gibt es eine Studie, in der man dort zwei bis drei Pavillons vorgesehen hat. Das wurde dann neu situiert und im Moment sind zwei Pavillons geplant, und zwar der vom Mattli, der von der Pfadi demontiert wurde und eingelagert ist, und der von der Stirnrüti. Ein dritter Standort wäre dann noch für den Spycher der Egli-Zunft möglich. Beim Bundesamt für Nationalstrassen ist im Moment in Abklärung, ob sie uns die Bewilligung geben, dass wir dort weiterplanen und ein Baugesuch erarbeiten dürfen.

Jörg Stalder (L20)

Ich möchte dem Gemeinderat beliebt machen, nicht nur die zwei angesprochenen Standorte zu prüfen, sondern auch den Felmismoosweg und Roggern in Betracht zu ziehen. Sie haben die Termine erwähnt, d. h. es wird langsam knapp und wenn wir auf das ASTRA warten dann könnte es ein wenig länger dauern.

Leo Camenzind (CVP)

Weiter ist der Spycher nicht gleichzusetzen mit einem Pavillon, und ich weiss nicht, wie der sich auf dem Autobahndeckel einpassen würde. Ich bitte Sie deshalb, alle Standorte zu prüfen.

Die Egli-Zunft hat uns signalisiert, dass für sie primär der Standort im Seefeld aktuell ist. Haben Sie noch andere Informationen von der Egli-Zunft, Herr Camenzind?

Jörg Stalder (L20)

Selbstverständlich bin ich mit der Egli-Zunft in Kontakt. Im Vordergrund steht aber auch der Termin und die Angst, dass sie Ende nächsten Jahres keinen Standort haben. Es ist natürlich auch ein gewisses Entgegenkommen da und man hat gesagt, wenn man im Felmis einen guten Standort findet, ist das auch in Ordnung. Darum prüfen Sie bitte alle Standorte.

Leo Camenzind (CVP)

### **Schlusswort der Einwohnerratspräsidentin**

Ziemlich genau vor einem Jahr haben Sie mich in das Präsidium des Einwohnerrates gewählt. Ich habe das Amt mit Zuversicht, Freude und auch einer gewissen Spannung angetreten. Im ersten halben Präsidialjahr durfte ich viele Veranstaltungen besuchen und dabei habe ich einen Einblick in die breit gefächerte Vereins- und Freiwilligenarbeit in unserer Gemeinde erhalten. Ich habe viele Menschen kennengelernt, die sich in Vereinen und Organisationen engagieren und sich so über das Jahr regelmässig für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gemeinde einsetzen. Bei den Begegnungen habe ich ein überaus grosses Engagement erlebt. Das hat mich berührt und begeistert und mir den Blick auch für Bereiche geöffnet, die mir bis jetzt nicht wirklich bekannt waren. Es ist nicht selbstverständlich, dass so viele Horwerinnen und Horwer ihr Wissen und ihr Können, auch in ihrer Freizeit, für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen und sich hochmotiviert für eine spannende Vereins- und Freiwilligenarbeit einsetzen.

Anfang März hat sich unsere Welt schlagartig verändert. Wir hatten am 12. März die letzte Sitzung vor der Coronazeit und Sie erinnern sich sicherlich, dass wir da schon Desinfektionsmittel bereitgestellt und Abstand gehalten haben. Einen Tag später hat dann die Welt dichtgemacht. Immer und überall war die Coronakrise das Thema und alle repräsentativen Veranstaltungen sind abgesagt worden. In der schwierigen Phase hat die Arbeitsgruppe «Pandemie» mit ihrem Präsidenten einen grossen Einsatz für die Horwerinnen und Horwer geleistet und uns Sicherheit und Halt gegeben. In dieser aussergewöhnlichen Zeit habe ich die Gemeinde, in der ich seit fast 30 Jahren lebe, neu kennengelernt. Bei vielen Spaziergängen und Wanderungen auf der Horwer Halbinsel, am See und am Pilatushang habe ich viel Neues entdeckt, z. B. den Rüteliwald, der mir bis anhin nicht bekannt war. Die Menschen, denen ich auf dem Weg begegnet bin, habe ich mit einer neuen Offenheit erlebt. Viele haben sich Zeit genommen für spannende, interessante und herzliche Gespräche.

Am 4. Juni 2020 war ich beim Grossen Stadtrat in Luzern eingeladen. Im Kantonsratssaal durfte ich meine Gedanken zum Thema «Über den Tellerrand schauen» formulieren. Aufgrund der städtebaulichen Entwicklung sind solche Gelegenheiten für einen Dialog und Austausch in der Agglomeration in Zukunft noch wichtiger. Horw ist ein wichtiger Teil der Agglomeration von Luzern. Engagieren wir uns und prägen eine überregionale Identität mit.

Jetzt möchte ich danken, und zwar dem ganzen Gemeinderat und allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten für die konstruktive Arbeit im Rat. Mit viel Engagement haben Sie sich für das Wohl der Gemeinde Horw eingesetzt und um gute Lösungen gerungen und manchmal auch gekämpft. Danke auch für die fairen Debatten im Rat. Ebenfalls danke ich der ganzen Verwaltung für ihre Arbeit, namentlich der Gemeindeschreiberin Irene Arnold und ihrem Vorgänger Beat Gähwiler, der bis Ende 2019 im Amt war, und Heike Sommer für die Protokollführung und die Organisation der Ratssitzungen. Ein weiterer Dank geht an Herrn Hodel für die Berichterstattung in der Presse. Nicht vergessen möchte ich auch die Personen, die für die Sicherheit zuständig sind und alle, die dafür gesorgt haben, dass wir die letzten beiden Sitzungen hier in der Horwerhalle durchführen konnten. Wir hatten beste Rahmenbedingungen und konnten mit einem guten Schutzkonzept unsere Sitzungen halten.

Ich schaue auf ein spannendes Jahr zurück mit vielen schönen und guten Begegnungen, Erlebnissen und schönen Momenten. Viel wird mir in bester Erinnerung bleiben. Ich danke dafür und wünsche Ihnen allen, trotz immer noch nötigem Abstand, eine gute Sommerzeit und hoffentlich wieder mehr Freiheit.

## 10. Verabschiedungen

Josef Aregger, der seit 2007 für die Sicherheit während der Einwohnerratssitzungen zuständig war, bestreitet heute seine letzte Sitzung in dieser Funktion. Die Ratspräsidentin dankt ihm für seine wertvolle Arbeit in den vergangenen Jahren und verabschiedet ihn mit einem Präsent.

Gemeindepräsident Ruedi Burkard dankt Rita Wyss für ihr Engagement im vergangenen Amtsjahr als Einwohnerratspräsidentin und überreicht ein Präsent.

Gleichzeitig dankt er den Ratsmitgliedern am Ende der Legislaturperiode 2016 bis 2020 für ihr Engagement zugunsten der Gemeinde Horw. Den aus dem Rat ausscheidenden Mitgliedern Markus Bider, CVP (im Einwohnerrat seit 2009), Richard Kreienbühl, CVP (im Einwohnerrat seit 2014), Urs Manser, CVP, (im Einwohnerrat seit 2013), Pia Koefoed, L20 (im Einwohnerrat seit 2016), Nathalie Portmann, L20 (im Einwohnerrat seit 2013), Adrian Schmid, FDP (im Einwohnerrat seit 2018), Ueli Nussbaum, FDP (im Einwohnerrat seit 2008), Jörg Conrad, SVP (im Einwohnerrat seit 2011), Antonio Simoes (im Einwohnerrat seit 2020), überreicht er ein Präsent.

Die Fraktionen danken Rita Wyss für die ruhige und sehr kompetente Ratsführung während ihrem Präsidialjahr 2019/20 sowie ihren scheidenden Ratsmitgliedern für die geleistete Arbeit.

Rita Wyss  
Einwohnerratspräsidentin

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 29. Juli 2020